FREITAG, 14. NOVEMBER 2008 NR. 46 50. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

GEGEN RUINÖSE ENERGIEPOLITIK – ABSTIMMUNG MIT SIGNALWIRKUNG

Schwerwiegende Auswirkungen auf die Mobilität

Am 30. November 2008 stimmt die Stadtzürcher Bevölkerung über die Ergänzung der Gemeindeordnung ab, welche die Verankerung der Nachhaltigkeit und der 2000-Watt-Gesellschaft in die Verfassung zur Folge hat. Eine Abstimmung mit grosser Signalwirkung für den Kanton Zürich und die restliche Schweiz.

Die in der Stadt Zürich zur Abstimmung gelangende Ergänzung der Gemeindeordnung sieht vor, dass die Stadt Zürich den CO_2-Austoss von heute 9 auf 1 Tonne CO_2 pro Kopf und Jahr reduziert (bis 2050) und sich für die Reduktion des Energiebedarfs von 6200 auf 2000 Watt pro Kopf einsetzt. Auf den ersten Blick nicht ersichtlich, aber ebenfalls in die Vorlage eingepackt ist der schrittweise Ausstieg der Stadt Zürich aus der CO_2-armen Kernenergie, der bereits ab 2018 beginnt.

Betrachtet man den Energiebedarf in der Stadt Zürich zeigt sich, dass Treibstoffe mit rund einem Sechstel einen grossen Anteil am Energieverbrauch haben.

BRUNO AMACKER
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 6

Einschränkungen beim motorisierten Individualverkehr

Offensichtlich sind die Einschränkungen für den motorisierten Individualverkehr. Zwar befahren immer mehr sparsame und umweltschonendere Motorfahrzeuge unsere Strassen. Trotzdem: Durch technologische Entwicklungen und durch eine Erneuerung des Fuhrparks allein wird der angepeilte CO_2-Verbrauch von 1 Tonne pro Kopf und Jahr kaum erreicht werden können. Denn 1 Tonne pro Kopf und Jahr entspricht in etwa dem Niveau, das wir heute im Jemen oder der Republik Kongo vorfinden. Zudem ist aufgrund der Bautätigkeit und des Bevölkerungswachstums zu erwarten, dass die Zahl der Motorfahrzeuge in der Stadt Zürich auch in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird. Mit der weiteren Verteuerung der Wohnungen auf Stadtgebiet werden auch die Pendlerzahlen und dementsprechend auch der Mobilitätsbedarf weiter steigen. Elektromobile sind nach wie vor ein Nischenprodukt und noch weit davon entfernt, zum allgemeinen Standard zu werden. Die Annahme der Initiative wird somit zu einer Beschränkung des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt Zürich führen, sollen die CO_2-Ziele auch nur annährend erreicht werden. Dies bedeutet zusätzliche Fahrverbote und die Einführung eines Road Pricing, wie es bereits jetzt in Gemeinde- und Kantonsrat diskutiert wird. Dass dies nicht einfach Schwarzmalerei ist, sondern bereits in diese Richtung gearbeitet wird, zeigen folgende Tatsachen:

So heisst es auf der Website der Stadt Zürich zur 2000-Watt-Gesellschaft, dass «der Prozess für die Konkretisierung eines Road Pricing im Wirtschaftsraum Zürich» eingeleitet wird.

Und ausserdem: «Der Fuss- und Veloverkehr wird durch den Ausbau von Routen und durch die Schärfung des Bewusstseins für diese Fortbewegungsarten gefördert.» Es ist klar, dass ein solcher Ausbau auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs geht.

Darauf kommt auch Gemeinderat Bernhard Piller (Grüne) gegenüber Greenpeace zu sprechen: Man könne das 2000-Watt-Ziel sicher nicht erreichen, wenn man beispielsweise die Strassenverkehrskapazitäten weiter ausbaue, ist auf der Website der Umweltorganisation zu lesen. Der motorisierte Individualverkehr wird also nicht nur durch Verbote massiv eingeschränkt, sondern es wird auch mit Infrastrukturbauten zurückhaltend verfahren werden. Im Klartext bedeutet dies, dass keine neuen Strassen mehr gebaut würden. Die Stadt als Velo- und Fussgänger-Paradies mag eine schöne Vision sein, sie ist jedoch völlig realitätsfremd.

Steigende Mobilitätskosten vor allem auch beim ÖV

Weniger offensichtlich, aber für den Einzelnen nicht weniger einschneidend werden die Auswirkungen auf den öV sein. Ganz abgesehen davon, dass dieser bereits heute an seine Kapazitätsgrenzen stösst und den Mehrverkehr aus Bevölkerungswachstum und Umsteigern nicht verkraften kann, werden im Falle der Annahme der Initiative die Kosten für den öV massiv steigen. Der ÖV wird bereits heute zum grossen Teil und wird in Zukunft vermehrt mit Strom betrieben. Jeder Ausbau zieht dabei einen Mehrbedarf nach sich. Steigender Strombedarf bei sinkender Produktion bedeutet aber eine massive Verteuerung der Energie. Insbesondere dann, wenn aufgrund der zu erwartenden Stromlücke ab dem Jahr 2018, schlimmstenfalls bereits ab 2012, der Strom schweizweit knapp wird, wenn die Stromlieferungsverträge mit Frankreich auslaufen und die einheimischen Kernkraftwerke ausser Betrieb gesetzt werden. Es stellt sich in Zukunft vermehrt die Frage, ob überhaupt genügend Strom zur Verfügung steht, entfielen doch 2007 satte 53,6 Prozent des vom ewz erzeugten Stroms (in eigenen Werken sowie in Partnerwerken) auf Kernenergie. Als Ersatz dafür kommen die erneuerbaren Energien nur bedingt in Frage, denn gerade der ÖV ist darauf angewiesen, dass der Strom zuverlässig, also unabhängig von Sonne und Wind zur Verfügung steht. Schliesslich muss der Strom auch noch möglichst CO_2-arm produziert werden, da sonst die Vorgaben (Senkung auf 1 Tonne CO_2 pro Kopf und Jahr) nicht erreicht werden. Dies wird aber bei Annahme der Initiative unmöglich sein. Es wird, sofern nicht massive Einschränkungen auch beim ÖV in Kauf genommen werden, somit vermehrt und zu einem grossen Teil Strom aus dem Ausland erworben werden müssen. Damit verlieren wir aber jede Kontrollmöglichkeit über die Herkunft des Stroms. Wenn wir berücksichtigen, dass im Ausland für die Zukunft vermehrt auf Atom und Kohle als Stromquelle gesetzt wird, so wird die Annahme dieser Initiative letztlich zu einem höheren Anteil an Strom aus fossilen Brennstoffen führen als bis anhin, zu höheren Preisen notabene.

Wie all dies Anforderungen gleichzeitig zu erfüllen sind, weiss heute niemand. Klar ist hingegen, dass beim Verkehr – und zwar nicht nur beim motorisierten Individualverkehr, sondern auch beim ÖV – mit massiven Mehrkosten zu rechnen ist. Mehrkosten, die selbstverständlich auf die Konsumenten überwälzt werden, d.h. die Preise für Billette und Abonnemente werden massiv teurer, neue Gebühren für Autofahrer erhoben. Dies trifft dann in erster Linie jene, die ohnehin auf ihr Budget achten müssen, nämlich Familien mit Kindern, Seniorinnen und Senioren und Studierende.

RÜCKTRITT VON SAMUEL SCHMID

SVP tritt bei Bundesrats-Ersatzwahl an!

Die SVP nimmt den Rücktritt von Verteidigungsminister Samuel Schmid zur Kenntnis. Bei der Ersatzwahl für dessen frei werdenden Bundesratssitz tritt die SVP an. Als stärkste Partei im Parlament hat die SVP Anspruch auf die entsprechende Vertretung in der Landesregierung.

ZB. Trotz teilweise unterschiedlichen politischen Auffassungen bewegt dieser Entscheid von Bundesrat Samuel Schmid, der ursprünglich als SVP-Bundesrat gewählt worden war, die SVP. Das weitere Vorgehen der Partei, im Falle einer Vakanz im Bundesrat, wurde von der Bundeshaus-Fraktion schon am 30. September 2008 festgehalten. Diese Entscheide werden nun entsprechend umgesetzt.

Die SVP steht bei der Zusammensetzung des Bundesrates für eine echte Konkordanz aufgrund des Wähleranteils ein. Daher hat sie Anspruch auf 2 Sitze in der Landesregierung.

Bei einem freien Sitz im Bundesrat wird die SVP-Fraktion zur Ersatzwahl antreten. Entscheidend ist, dass der Kandidat das SVP-Gedankengut voll und ganz in die Regierung einbringen wird. Umso mehr, als dass die SVP seit den vergangenen Wahlen mit Abstand die stärkste Partei der Schweiz ist.

Nun wird demnach ein Nominationsverfahren eingeleitet, im Rahmen dessen auch die Gremien und die Kantonalparteien ihre Vorschläge für die Nachfolge von Bundesrat Schmid einbringen können. Die SVP-Fraktion wird die definitive Nomination für die Ersatzwahl vornehmen. Für die Partei steht eine führungsstarke, im Umgang mit Krisen erfahrene, unternehmerisch denkende und mit der Bundesverwaltung vertraute Persönlichkeit im Vordergrund.

Dem abtretenden Bundesrat Samuel Schmid wünscht die SVP für seine Zukunft viel Kraft und alles Gute!

PORTAS®
Europas Renovierer Nr. 1
PORTAS Küchen-Renovierung
Renovierung in nur einem Tag!
Sie sparen bares Geld!
Für alle Küchen geeignet!
Neue Fronten nach Mass!

PORTAS-AG Pilotbetrieb • Im Ebnet • 8370 Sirnach
Tel. 071-9693636
www.portas.ch • info@portas-sirnach.ch

Restaurant Flair
Gutbürgerliche Küche zu fairen Preisen
Fam. Elsa und Werner Wiederkehr-Nydegger
• Täglich 4 Menus
• Hervorragende Weine
• Aktuell: Salatbuffet Take away
Öffnungszeiten:
Mo – Fr 07.00–23.00 Uhr
Sa 09.30–24.00 Uhr
So 10.00–18.00 Uhr
Schaffhauserstrasse 306, 8050 Zürich-Oerlikon
(Tramhaltestelle Berninaplatz)
Tel. 044 310 68 68 www.restaurant-flair.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi
Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Ihr Immobilien Makler + Verwalter
Wir vermitteln seit Jahren erfolgreich:
Einfamilienhäuser
Eigentumswohnungen
Bauland
Gerne übernehmen wir auch Ihre
Verwaltung
Rufen Sie uns an wir erteilen gerne weitere Auskünfte:
Uster 044 997 24 70
Buchs 079 403 62 70
Dietikon 044 744 25 50
Wettingen 056 426 02 64
Wohlen 056 470 13 54
Aarau 062 726 01 40
BENTO IMMOBILIEN AG
Immobilien & Verwaltungen
Projektentwicklungen
www.bento.ch

rahmenatelier
kanzlei
Einrahmungen von Bildern und Spiegeln
www.rahmenatelier-kanzlei.ch
Digitaldruck im Grossformat auf Leinwand oder Papier
www.artatprint.ch
Wechselrahmen in grosser Auswahl
www.wechselrahmenshop.ch
Künstlerbedarf über das Internet
www.kunstmalershop.ch
Bespannte und unbespannte Keilrahmen
www.keilrahmen.ch
kunstmalerbedarf und rahmenatelier kanzlei
Kanzleistrasse 111
8004 Zürich
Tel. 044 241 24 11

Der gefühlte Neoliberalismus

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Was haben der sozialistische Präsident Venezuelas, Hugo Chavez, und der sozialdemokratische Bundesrat Moritz Leuenberger gemeinsam? Beide haben sie in diesen Wochen den «Neoliberalismus» für gescheitert erklärt.

«Nach Jahren der Marktideologie müssen wir zurück zum Primat der Politik», schreibt Moritz Leuenberger in seinem Blog. Einen Vorgeschmack auf das staatliche Primatentum lieferte der SP-Medienminister Ende Oktober, als er florierenden Lokalradios und etablierten Regionalfernsehsendern die Konzession verweigerte.

Dann setzte Moritz Leuenberger noch zur historischen Analyse an: Ronald Reagan und Margaret Thatcher hätte salonfähig gemacht, was ab den 90er-Jahren «auch in der Schweiz zum Vaterunser wurde: Weniger Staat, mehr Eigenverantwortung». Wie nun, Herr Leuenberger? Glauben Sie, mit weniger Eigenverantwortung wäre die Finanzkrise zu verhindern gewesen? Wie sähe denn das «Moritzunser» aus? Weniger Eigenverantwortung – mehr Sozialismus?

Es war also in den 90er Jahren «salonfähig» geworden, nach weniger Staat zu rufen. Pfui, pfui, pfui! Man kann sich lebhaft vorstellen, wie Salonsozialisten vom Schlage eines Moritz Leuenbergers sich an diesen neoliberalen Eindringlingen nervten. Aber wo, bitte schön, wo wurde der Staat «weniger» seit damals? Gab es weniger Gesetze? Weniger Steuern und Abgaben? Sank etwa die Staatsquote? Oder wurde der Sozialstaat ausgehungert? Wurden weniger Schulden gemacht? Oder Ausgaben gesenkt? Das Schreckgespenst «Neoliberalismus» war und ist in erster Linie gefühlt. Die Kritik am Staatsprimat wurde einfach lästig – sie störte die Salonplaudereien zwischen Opernhaus und dem Öko-Urlaub auf Grönland.

Zoologen gehen davon aus, dass Primaten immerhin bis drei zählen können. Wir wollen der gefühlten Analyse Leuenbergers ein paar handfeste Zahlen entgegen halten: Die Staatsquote in der Schweiz wuchs von 30,0 Prozent (1990) auf 36,9 Prozent (2005). Die Verschuldung des Bundes stieg von 38,5 Milliarden Franken (1990) auf 130,3 Milliarden (2005). Im gleichen Zeitraum verdoppelten sich die Ausgaben für Soziale Wohlfahrt: von 64,5 Milliarden Franken auf 129,6 Milliarden. Es sei, fügt Moritz Leuenberger noch an, ungesund, alle Gefühle zu unterdrücken: «Das kann zu Gefühlsverstopfung führen.» Dann probieren Sie es nächstes Mal mit dem Verstand.

ROT-GRÜNE SCHIKANE

Instrumentalisierte «Via Secura» trifft die Falschen

Der Raserunfall von Schönenwerd trifft auf die Vernehmlassung zur «Via Secura» aus dem Departement von Bundesrat Leuenberger. Die Chance – oder besser das Risiko – ist gross, dass dieser Fall politisch mit rot-grünem Drall ausgeschlachtet wird. Dann trifft die «Via Secura» die Falschen, und die Gewissenlosen lachen sich ins Fäustchen.

B. IM OBERDORF
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 12

Es ist schlicht hirnrissig, wenn sich Autofahrer im Nebel ein Rennen liefern. Gibt es dabei Todesopfer, so ist diese Tragik geradezu unermesslich. Wie wir wissen, kam bei diesem jüngsten Unfall von Schönenwerd, der jenseits aller Vernunft anzusiedeln ist, eine junge Schweizerin um ihr Leben, derweil sich die Verursacher als Junglenker aus Griechenland, Kroatien und der Türkei herausstellten – das schlechte Gewissen des einen muss gleich null gewesen sein, sonst wäre er nicht sogleich wieder nach Zürich in den Ausgang gefahren.

Zum Glück kennen wir die Herkunft – die einheitlich Südosteuropa zugeordnet werden muss: Wohl dürfen Rückschlüsse auf die Mentalität nicht verallgemeinert werden, Hinweise für die Ursachenbekämpfung sind es aber alleweil. In diesem Sinne ist es auch sinnvoll, wenn Ausländer bei der Einbürgerung ihren Pass meistens nicht abgeben müssen, sonst wären solche Spurensicherungen nicht mehr möglich und am Pranger würden dann schlicht Schweizer stehen.

Sinnlos im Dienste von Rot-Grünen Schikanen

Die Versuchung ist gross, aufgrund dieses Vorfalls die Verkehrsregeln unter der Etikette der Sicherheit im rot-grünen Stil zu verschärfen, ein Ansinnen, das darauf zielt, den privaten Autoverkehr zu drangsalieren. Genau so, wie man wegen einigen Rentnerunfällen nun die älteren Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken trachtet. Wer sich aber dermassen verantwortungslos gebärdet wie die jungen männlichen Raser aus dem Südosten, schreckt aber wohl auch vor drakonischen Strafen kaum zurück. Vielmehr können solche Androhungen gar noch den «Kick» erhöhen. Das kennen die Politologen aus der Spieltheorie, denn nach den Regeln des «Chicken Run» ist genau dies der Fall: Da rollen zwei Autofahrer auf einen Abgrund zu; wer sich zuerst aus dem Wagen fallen lässt, hat verloren, wer den Absprung verpasst, stürzt in den Tod. Was richtet gegen solche Ansätze einer jugendlichen Machomentalität eine «Via Secura» aus? Die Massnahmen – wie die Todesstrafe (Verschrottung) für das Auto – sind höchstens geeignet, die Motivation für solches Tun noch zu erhöhen - es sei denn, man fahre die Rennen mit Wagen, die ohnehin nicht mehr über die Verkehrskontrolle zu bringen wären.

Auf Kosten von verantwortungsbewussten Automobilisten

Dafür müssten dann alle anderen, die verantwortungsbewusst fahren, unter neuen drakonischen Massnahmen büssen: Auch dem vorsichtigen Fahrer kann in der teilweise mutwillig schikanösen Regelungsdichte einmal ein Fehler unterlaufen, der sich vor dem Gesetz dann gravierender ausnimmt als er in Wirklichkeit war. Wie jener ältere Lenker, dem das unsinnige «Tempo-80-Limit» wegen dem Feinstaub entgangen war, der ohne Bedenken ein Polizeifahrzeug überholte und so als «Raser» seinen Fahrausweis losgeworden ist.

Damit wären wir dort angelangt, wo wir nie hinkommen sollten: Dass die eigentlichen gewissenlosen Täter sich weiterhin um alles foutieren und ins Machofäustchen lachen, die Verantwortungsvollen aber ständig unter dem Damoklesschwert leben müssen und der linken Verkehrspolitik – gewissen Mentalitäten in Europas sei «Dank» – noch Vorschub geleistet wird. Solchen Tendenzen müsste in der Vernehmlassung der «Via Secura» ein Riegel geschoben werden.

UNHALTBARE FAMILIENPOLITIK DES BUNDESRATES

Eigenverantwortliche Familien werden bestraft

Der Bundesrat hat am Mittwoch angekündigt, dass er Eltern steuerlich entlasten möchte. Die vom Bundesrat gewählte Umsetzung dieses sehr zu unterstützenden Grundsatzes ist allerdings mehr als fragwürdig. Denn der Bundesrat möchte Eltern, welche die Erziehungsverantwortung an andere delegieren, viel stärker steuerlich entlasten als traditionelle Familien, die sich selber um ihre Kinder kümmern.

ZB. Heute gilt von der Mehrheit der Politiker als angesehen, wer Kinder hat und gleichzeitig voll arbeitet. So genannte «Nur-Eltern», welche für die Erziehung ihrer Kinder auf einen Zweitverdienst verzichten, werden von Bundesrat und Parlament immer weniger respektiert. Im Gegenteil: Sie müssen neuerdings gar die Zeche für die subventionierten Fremdbetreuungsmassnahmen derjenigen Eltern berappen, welche die Erziehungsverantwortung nicht oder nur teilweise wahrnehmen.

Am Mittwoch hat nun der Bundesrat seine Zukunftsvorstellungen für die Familienpolitik präsentiert. Dass er Kinder und Familien steuerlich entlasten will, ist richtig. Dies entspricht einem alten SVP-Anliegen (06.3459 Mo. Jasmin Hutter, Steuerliche Entlastung von Kinderbetreuung innerhalb der Familie). Allerdings hat der Bundesrat diese Woche einen vollkommen falschen Weg eingeschlagen.

Schallende Ohrfeige für «Nur-Eltern»

Gemäss dem präsentierten Vorschlägen des Bundesrates sollen die Eltern in Zukunft für Kinder, für welche sie die Erziehungsverantwortung selber tragen, 8000 Franken abziehen können. Für fremd betreute Kinder soll dagegen bis zu 18 000 Franken pro Jahr abgezogen werden können. Damit werden Eltern steuerlich begünstigt, wenn sie ihre Kinder extern betreuen lassen, währenddem all die vielen «Nur-Mütter» und «Nur-Väter» in diesem Land, welche für ihre Kinder auf einen Zweitverdienst verzichten, eine schallende Ohrfeige vom Bundesrat erhalten. Die SVP erachtet den Entscheid des Bundesrates als unhaltbar und fordert, dass Eltern, welche eigenverantwortlich zu ihren Kindern schauen, steuerlich zumindest nicht benachteiligt werden. Denn sie leisten unserer Gesellschaft mit der Wahrnehmung der Erziehungsverantwortung einen grossen Dienst. Die SVP hat ausserdem in verschiedenen Kantonalparlamenten Vorstösse zur Entlastung von Familien eingereicht, welche die Kindererziehung selber wahrnehmen.

RÜSTUNGSPROGRAMM

SVP bekommt Recht!

Da sich die anderen bürgerlichen Parteien weigerten, die Behebung der zahlreichen Missstände im VBS ernsthaft in die Wege zu leiten, erlitt das Rüstungsprogramm in der Herbstsession Schiffbruch. Nun konnte sich die SVP mit ihren Forderungen in der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) des Nationalrates endlich durchsetzen. Das VBS ist nun gefordert, seine Hausaufgaben bis zur Wintersession vollständig zu erledigen.

ZB. Die Armee befindet sich im Moment auf Abwegen. Schon im August hatte die SVP eine schonungslose Analyse über die herrschenden Missstände im Verteidigungsdepartement vorgenommen und der Öffentlichkeit eine Mängelliste präsentiert. Basierend auf diesen Erkenntnissen beschloss die SVP-Fraktion anfangs September, dass das Rüstungsprogramm erst dann behandelt werden sollte, wenn die Behebung der Missstände ernsthaft angepackt wird. Da die Mehrheit des Nationalrates die entsprechenden Forderungen jedoch ablehnte, sah sich die SVP dazu gezwungen, die Rüstungskredite abzulehnen.

Der nun präsentierte Bericht des VBS, der aufgrund einer in der Herbstsession eingereichten SVP-Fraktionsmotion erarbeitet wurde, gibt der SVP vollumfänglich Recht!

Mit der Analyse der aktuellen Lage und dem Erkennen der Problemfelder in diesem Bericht macht das Verteidigungsdepartement einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Allerdings vermochten die vorgelegten Dokumente noch nicht alle wichtigen Fragen zu beantworten. Deshalb wurde in der Folge ein von der CVP eingereichter «SVP-Antrag» von der Kommissionsmehrheit gutgeheissen, welcher den Bundesrat beauftragt, die notwendigen Nachbesserungen in der Berichterstattung bis zu Beginn der Wintersession 2008 vorzunehmen. Insbesondere sollen für jeden der festgehaltenen Missstände in der Armee konkrete Massnahmen und ein Zeitplan zu deren Umsetzung vorgelegt werden.

VBS soll Massnahmen endlich umsetzen

Der Folgebericht muss zudem folgende Punkte behandeln:

- Wie und bis wann werden bei den Milizkadern die Sollbestände erreicht?
- Wie werden die überdimensionierten Verwaltungsstrukturen auf das Notwendige reduziert?
- Wie und in welchen zeitlichen Fristen werden die Logistikprobleme gelöst?
- Wie wird der verfassungsmässige Auftrag der Verteidigung sichergestellt?

Die SVP nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass sie sich mit ihren Forderungen für eine einsatzfähige Schweizer Armee doch noch durchsetzen konnte. Wenn das Departement bis zum 1. Dezember 2008 seinen Auftrag pflichtgemäss, das heisst entsprechend der ursprünglichen SVP-Forderungen aus der Herbstsession, erfüllt, kann die SVP an der Fraktionssitzung vom 2. Dezember 2008 über das weitere Vorgehen betreffend Rüstungsprogramm entscheiden. Die Führung des VBS ist aufgefordert, die Massnahmen zur Stärkung der Armee verbindlich umzusetzen.

Parolen zur Volksabstimmung vom 30. November 2008

Eidgenössische Vorlagen

Volksinitiative «Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern»	JA
Volksinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter»	NEIN
Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz!»	JA
Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz»	NEIN
Änderung vom 20. März des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und psychotropen Stoffe	NEIN

Kantonale Vorlagen

Kantonsratsreferendum «Hundegesetz» (Variante für ein Kampfhundeverbot) 2x	NEIN
Kantonsratsreferendum «Gesetz über den Beitritt zum HarmoS-Konkordat»	NEIN
Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder»	JA
Volksinitiative «Ja zur Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug»	JA
Volksinitiative «Mit dem Tram direkt zum Zoo» (Rahmenkredit für die Verlängerung der Tramlinie direkt zum Haupteingang des Zoos Zürich und der Masoala-Halle)	NEIN

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Utopische 2000-Watt-Gesellschaft

An der letzten Sitzung des Kantonsrats wurde über den Wunschtraum der 2000-Watt-Gesellschaft debattiert. Die Volksinitiative verlangt, dass die Kantonsverfassung dahingehend verändert wird, dass der Energieverbrauch pro Einwohner im Kanton Zürich bis ins Jahr 2030 halbiert wird.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Die Volksinitiative wurde von der Grünliberalen Partei eingereicht und verlangt im Wortlaut folgendes: Der Primärenergieverbrauch an nichterneuerbarer Energie für den Kanton Zürich wird bis 2030 pro Einwohnerin beziehungsweise Einwohner halbiert. Als Basis gilt das Jahr 2010. Der Kanton setzt die nötigen Etappenziele. Der Kantonsrat befasste sich an der letzten Sitzung mit der Frage, ob zur Volksinitiative ein Gegenvorschlag ausgearbeitet werden soll. Der Regierungsrat nahm wie folgt Stellung: Die Zielwerte der Volksinitiative sind nach heutiger Beurteilung ohne tiefgreifende technische Neuentwicklungen oder staatlich verordnete Mengenbeschränkungen bis 2030 nicht erreichbar. Eine kurzfristige Trendwende beim Energieverbrauch ist insbesondere wegen der gängigen Erneuerungszyklen bei Bauten und der in vielen Bereichen weiter steigenden Nachfrage nicht zu erwarten. Die Initiative verlangt utopische Ziele, die nicht den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Bevölkerung entsprechen. Aus diesen Gründen beantragte der Regierungsrat den Kantonsrat, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. **Lorenz Habicher** (SVP, Zürich) stellte den Minderheitsantrag, die Initiative gemäss dem Antrag der Regierung ohne Gegenvorschlag abzulehnen und votierte im Rat, dass das Anliegen der Initianten politisch fragwürdig sei und dass der Kanton Zürich in dieser Frage keine Insellösung anstreben sollte. Zudem sei eine Volksinitiative mit Gegenvorschlag und Stichfrage ein schwieriges Unterfangen, wie man bei der Abstimmung zum Berufsbildungsfonds gesehen habe. Die GLP kündigte im Rat bereits an, dass bei einem griffigen Gegenvorschlag die Initiative zurückgezogen werde und monierte, dass die SVP die Zeichen der Zeit nicht erkennen wolle. Der Rat befand mit 45 Stimmen zu 115 Stimmen einen Gegenvorschlag auszuarbeiten.

Westtangente

SP, GLP und CVP fordern mit einem Postulat inklusive Dringlichkeitsantrag, dass der Regierungsrat die Kennzahlen zu den wichtigen Durchgangsverkehrsströmen im Gebiet der gesamten Westtangente zu erheben und öffentlich zu machen habe. Dies, da im Mai 2009 die Westumfahrung Zürich eröffnet wird und gemäss einem Urteil des Bundesgerichts auf den Zeitpunkt der Eröffnung zwingend flankierende Massnahmen in der Stadt umgesetzt werden müssen, damit die Entlastungswirkung gemäss den Zielen des Richtplans auf Stadtgebiet sichergestellt werden kann. **Adrian Bergmann** (SVP, Meilen) stellte im Rat fest, dass nun die linke Ratshälfte die Folgen der Verhinderungspolitik erkenne. Der Rat votierte mit 109 Stimmen für die Dringlichkeit. Das Postulat wird nun in den nächsten Wochen behandelt.

Radio- und TV-Konzessionen

Ein Postulat inklusive Dringlichkeitsantrag der SP fordert, dass sich der Regierungsrat beim Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) für eine vierte Frequenz im Radio-Versorgungsgebiet Zürich-Glarus einzusetzen hat. Ausserdem soll im Fernsehbereich darauf hingearbeitet werden, dass der nicht-konzessionierte Sender (TeleZüri) eine Aufschaltverfügung und einen guten Sendeplatz erhält. **Claudio Zanetti** (SVP, Zollikon) stellte im Rat nüchtern fest, dass ein Postulat nur eingereicht wird, wenn man nichts ändern möchte und ein dringliches Postulat würde dann eingereicht, wenn die Fehlleistungen des eigenen Bundesrats verschleiert werden sollen. Das Problem habe einen Namen und der lautet Moritz Leuenberger. Dennoch unterstützt die SVP den Antrag auf Dringlichkeit. Der Kantonsrat unterstützt die Dringlichkeit mit 114 Stimmen.

Rechenschaftsberichte, Geschäftsberichte und Tätigkeitsberichte

Zu Beginn der Sitzung wurden den Rechenschaftsberichten des Kassationsgerichts, des Obergerichts, des Verwaltungsgerichts, des Sozialversicherungsgerichts und des Landwirtschaftsgerichts des Jahres 2007 einstimmig zugestimmt. **Hans Egloff** (SVP, Aesch) stellte in seiner Funktion als Präsident der Justizkommission die entsprechenden Jahresberichte dem Rat vor. Ausserdem wurde der Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Geschäftsbericht des Regierungsrates, der von der GPK geprüft worden war, von **Heinrich Wuhrmann** (SVP, Dübendorf) in seiner Funktion als GPK-Präsident vorgestellt. Ein Kritikpunkt zum Geschäftsbericht des Regierungsrats wurde von **Barbara Steinemann** (SVP, Regensdorf) betreffend den Zuständen in der Justizdirektion von Markus Notter aufgenommen (siehe Kommentar).

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… den Antrag auf einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative 2000-Watt-Gesellschaft zugestimmt ☹

… ein Postulat zur Publikation der Kennzahlen vor und nach der Eröffnung der Westumfahrung für dringlich erklärt ☹

… ein Postulat betreffend der Radio- und TV-Konzessionen für Dringlich erklärt ☺

10.11.08

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Gefährliche Täter, behördlich bewilligt in Freiheit

B. STEINEMANN
KANTONSRÄTIN SVP
WATT-REGENSDORF

Diesen Montag verbrachte der Zürcher Kantonsrat mit der Bewältigung der Geschäftsberichte von Regierung und Verwaltung sowie seiner eigenen Aufsichtskommissionen. Das Ritual gehört zum gesetzlichen Auftrag eines jeden Parlamentes, obwohl eigentlich kein Abgeordneter mehr aus diesen formellen Pflichten einen Sinngehalt abzuleiten vermag. Aus diesem Grund wird die Abstraktion der Geschäfte mit allerlei politischen Interventionen angereichert. In diesem Sinne haben die diversen Zwischenfälle und Pannen der letzten Monate die SVP einmal mehr veranlasst, Stellung zu den Missständen im Amt für Justizvollzug zu nehmen:

Nebst den 2006 zugetragenen Vorkommnissen um Verwahrte allein im Urlaub, haben sich auch 2007 und 2008 wieder Vorfälle ereignet: Als schwere Panne muss zunächst der Fall des Taximörders bezeichnet werden. Es ist absolut nicht nachvollziehbar, wie ein psychisch Schwerkranker, der wegen eines anderen schweren Deliktes hätte hinter Gitter stehen müssen, durch wohlwollende Gutachten und einen netten Richter am Bezirksgericht Meilen auf freien Fuss kam und seine Freiheit mit einer Tötung zu revanchieren vermochte. Als das Obergericht fast einen Monat vor der Bluttat den Täter zur Sicherheitsverhaftung ausschrieb, hätte man nichts anderes tun müssen, als ihn abzuholen und festzunehmen. Er war kein unbeschriebenes Blatt. Vor dieser Tat in Wetzikon sass er unter anderem bereits wegen versuchter Tötung hinter Gittern.

16 Empfehlungen zur Verbesserung der Abläufe in der Justizdirektion haben Obergericht und Oberstaatsanwaltschaft daraufhin erarbeitet. Nach diesem internen Untersuchungsbericht ist festzuhalten, dass im Kanton Zürich der Justizapparat seine Aufgaben offensichtlich nicht so wahrnimmt, wie man dies von Behörden mit einer derartigen Verantwortung erwarten dürfte. Im unübersichtlichen Gesetzes-, Paragrafen- und Richtliniendschungel geht das ganzheitliche Denken verloren und fühlt essich offensichtlich niemand mehr wirklich zuständig.

Keinerlei Verständnis bringt die SVP auch für die jüngsten Vorkommnisse auf. Ein Türke hatte im Sommer 2006 in Liestal im Wahn mit einer Axt auf fremde Passanten eingeschlagen. Daraufhin wurde er im Psychiatriegefängnis Rheinau untergebracht. Weil die Verantwortlichen dort die Verfügungen des Basler Gerichts nicht beachteten, vermochte er vor drei Wochen einfach so zu türmen, und das blieb auch noch während fünf Stunden unbemerkt. Der von der Presse genannte „Axtschwinger von Liestal" befindet sich seither auf der Flucht.

Wenn die Öffentlichkeit Medienberichten entnehmen muss, dass im Falle des Wetziker Taximordes ein Psychiater einen psychisch Kranken nicht als solchen erkannt hat, dann stellt sich nicht nur für uns die Frage, was ein Gutachter überhaupt können muss, um solche wichtigen Entscheide zu beeinflussen. Die SVP fordert daher einmal mehr einen rigideren Umgang mit gefährlichen Tätern, strengste Zurückhaltung bei Vollzugslockerungen sowie die sorgfältigere Koordinierung bei der Handhabung von gefährlichen Personen, mithin, dass in den zürcherischen Justizbehörden die Verantwortungsbereiche in Zukunft mit den nötigen Prioritäten versehen werden.

DER AKTUELLE VORSTOSS

Benutzung der Busspuren durch motorisierten Zweiradverkehr

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, dass der motorisierte Zweiradverkehr die Busspuren benutzen kann.

CHRISTOPHER VOHDIN
KANTONSRAT SVP
ZÜRICH 3

Die zur Verfügung stehende Verkehrsfläche wird immer knapper. Da für eine Ausweitung oft der Platz fehlt, müssen die bestehenden Flächen besser genutzt werden. Eine optimalere Belegung der Busspuren ist eine Möglichkeit dazu. Mit der Freigabe der Busspuren für Motorradfahrer kann die normale Fahrbahn entlastet und der Verkehr verflüssigt werden. Zudem wird durch die Trennung der Verkehrswege die Sicherheit auf der Strasse erhöht.

Das Departement Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) des Kantons Aargau will die Busspuren ebenfalls für Motorradfahrer freigeben.

2 X NEIN ZUM HUNDEGESETZ

Kaum mehr Schutz, dafür hohe Kosten

Es gab wohl schon lange keine Gesetzes-Vorlage mehr, wie das vorliegende Hundegesetz, das mehr durch Emotionen als durch Sachlichkeit geleitet wurde.

RENÉ ISLER
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

So tragisch der Fall von Oberglatt für alle Hinterbliebenen auch gewesen sein mag und uns alle betroffen gemacht hat, so hat die daraus resultierende Diskussion eine Lawine der Entrüstung und des gnadenlosen Vorgehens losgetreten, die irgendwann die Bodenhaftung zur Realität verloren hat. Dabei spielten auch unsere Medien – allen voran die Ringier-Presse – eine nicht ausser Acht zu lassende Rolle. Bevor die Beweisführung überhaupt abgeschlossen war, haben diese uns das abschliessende und einzig richtige Vorgehen bereits in fetten Lettern verkündet. Unter dem enormen Druck der allgemeinen Stimmung und der bereits vorweg genommenen Meinung, sah sich derweil auch unsere Regierung und weite Teile unseres Kantonsrates gezwungen, das bestehende, bald 30-jährige Hundegesetz, bzw. das Gesetz über das Halten von Hunden vom 14. März 1971, gründlich zu überarbeiten. Und mit welchem fulminanten Einsatz dieses Gesetz vorangetrieben wurde sucht seinesgleichen.

Hundegesetz bringt Aufwand und Kosten

Man darf sich nun sicher die Frage stellen, ob dieses Gesetz den eingangs erwähnten, tragischen Fall hätte verhindern können. Wir, die SVP-Fraktion, sind klar der Meinung, dass das nicht der Fall ist. Tragische Ereignisse, Versäumnisse von Seiten eines oder mehrerer Menschen, Übertretungen, Vergehen oder gar Verbrechen können leider mit keinem anscheinend noch so griffigen Gesetz verhindert werden. So gesehen kann man eigentlich, nüchtern betrachtet, vorerst einmal sagen, dass das revidierte Hundegesetz, nebst viel Aufwand für Hundehalter und Behörden, kaum die Gewissheit geben wird, tödliche Hunde-Attacken zu vermeiden, weil der Faktor Mensch und Tier immer eine nicht beeinflussbare Thematik bleiben wird. Die SVP-Fraktion stellt diesbezüglich nun aber fest, dass das Gesetz vor allem einen enormen administrativen Aufwand für Hundehaltende und die Verwaltung erzeugen und somit auch zwangsläufig zu hohe Mehrkosten generieren wird. Diese werden, wir können es schon erahnen, wie gewohnt hauptsächlich durch höhere Gebühren wieder eingefahren. Auch wenn wir hier von einem Hundegesetz reden, hat da wahrlich eine Maus einen Elefanten geboren. Nebst einem ebenfalls steigenden Vollzugsaufwand ist unserer Meinung nach das Ganze schlicht und ergreifend überreguliert und trifft vor allem die riesige Anzahl von unbescholtenen Otto-Normal-Hundehalter, die sich stets mit bestem Wissen und Gewissen und noch mehr Hingabe um ihren oder ihre Hunde kümmern bzw. gekümmert haben. Mit diesem Gesetz werden kaum einzelne Ausreisser reduziert, wohl aber alle Halter in den einen und selben Topf geworfen.

Fragwürdige Hundekurse

So unterscheidet zum Beispiel das vorliegendes Gesetz auch nicht, ob bereits jemand professionell Tiere gemäss dem geltenden Tierschutz-Gesetz hält oder täglich mit ihnen arbeitet (z.B. Landwirte). Gehen wir nun aber davon aus, dass für alle massigen Hunderassen ein Hundekurs mit Prüfung absolviert und für alle Hunde, egal welcher Rasse und Grösse auch immer, eine erhöhte Haftpflichtversicherung abgeschlossen werden muss, braucht es wahrlich kein allzu grosses Vorstellungsvermögen, um davon auszugehen, dass vor allem viele ältere Menschen mit diesen neuen gesetzlichen Vorschriften bald einmal überfordert sein werden. Für die SVP schiesst deshalb diese Vorlage einfach viel zu hoch über das Ziel hinaus. Anstatt das bestehende Gesetz ohne Wenn und Aber durchzusetzen – vieles wäre nämlich bereits heute machbar – oder moderat mit ein paar ganz wenigen, durchgreifenden Ergänzungen anzupassen, wird hier nun versucht, durch starre Mechanismen jedem eventuellen und irgendwie möglichen Szenario Fesseln aufzuerlegen.

Aus genannten Gründen lehnt die SVP des Kantons Zürich sowohl die Hauptvorlage des Hundesgesetzes wie auch die Variante mit dem Kampfhundeverbot entschieden ab.

LESERBRIEFE

An der Schule herumschrauben bis zum Gehtnichtmehr

In Horgen hat sich zu Recht grosser Widerstand gegen ein völlig unrealistisches Projekt, Handarbeit in Ganzklassen zu unterrichten, gebildet. Als Schulpfleger in Zürich stelle ich fest, dass Unmengen von Geld und Ressourcen an unnötige Veränderungen im Schulbetrieb gebunden werden. Seit der Einführung des neuen Volksschulgesetzes schraubt man munter an unserer Volksschule herum. Was diese «Theoristen», ich sage dies ganz bewusst, denn Theoretiker scheint mir zu zahm zu sein, unsere Schule auf Teufel komm raus reformieren wollen, geht auf keine Kuhhaut. Den Schulleitungen und Lehrern wird mit ständigen Neuerungen die so dringend benötige Zeit für ihre wichtigste Aufgabe, den Unterricht zu gestalten, geschmälert. Die einzig Leidtragenden an dieser Schulreform sind wieder einmal unsere Kinder.

Helmut Kiesalter, Zürich

Deutsche Steuerwüste

Die in ihren jeweiligen Bundesländern wegen Unfähigkeit abgewählten Ministerpräsidenten Eichel und Steinbrück führen nun von Berlin aus die grosse Klappe zum Thema der sogenannten Steueroasen. Soeben hörte man seitens der Politik, die Manager in der Wirtschaft zockten unanständig ab – den Steuerzahler abzuzocken für die politische Geldverschleuderung scheint wohl nicht unanständig zu sein. Sollte die OECD, aus der die Schweiz ohnehin austreten müsste, unser Land auf die schwarze Liste der Steueroasen (was ist eigentlich negativ an einer Oase?) setzen, wäre es an uns, weltweit mit einer Liste der Steuerwüsten vor den Staatsabzockern zu warnen. Da die Polit-Kriecher im Bund davor wohl Angst haben, muss die SVP dies übernehmen.

Hans Egger, Worb

Bundesrat Pascal Couchpin und «seine» Gesundheitskosten

Pascal Couchpin und sein Departement EDI bearbeiten zurzeit die Revision der Analysenliste. Damit wird insbesondere der Abbau und der Verzicht auf Praxislabors bei den Ärzten vorangetrieben und vorgesehen.

Fazit: Anlässlich eines Patientenbesuch, soll der Patient darauf hingewiesen werden, dass seine Werte zuerst auswärts analysiert werden, ein ärztlicher Entscheid «heute» nicht getroffen werden kann und, dass ein zweiter Termin zur Besprechung festgelegt werden muss. Es wird ganz einfach teurer! Zu Ungunsten der Patienten entsteht ein zusätzlicher Zeitaufwand. Sowohl medizinische Qualitäts- und Sicherheitsansprüche der praktizierenden Ärzte leiden in unverantwortlicher Weise ganz erheblich. Erzwungenermassen steigen die Gesundheitskosten! Ich als Patient bin nicht gewillt, auf die hohe medizinische Qualität praktizierender Ärzte zu verzichten. Auch ich bitte Herrn Bundesrat Couchpin dringlich, die Revision der Analysenliste in der heute vorgesehenen Form zu stoppen.

Adolf E. Seiferle, Küsnacht

Bundesrats-Krankheiten

Offenbar gehört es zum Courant normal, dass PR-bewusste Ärzte in den Medien in epischer Breite über die Krankengeschichte prominenter Magistraten berichten. Zudem werden medizinische Probleme von Politikern auch für polemische Attacken missbraucht. Hans Grunder, Präsident der neuen «Spitzbuben»-Partei, hat mit der Aussage, «es wundere ihn nicht, dass Bundesrat Schmid erkrankt sei» einen Zusammenhang zwischen der akuten Gallenblasenentzündung des BDP-Politikers und dem politischen «Stress» der vergangenen Monate hergestellt. Er macht mithin die Kritiker der VBS-Führung für die Erkrankung verantwortlich. Diese Unterstellungen entbehren jeder objektiven Grundlage und zeugen weder von Stil noch von Anstand. Gallensteine und akute Entzündungen der Gallenblase haben mit Stress gar nichts aber vielleicht mit opulenten Bundesrats-Diners zu tun.

Das PR-Verhalten der Ärzte ist diskutabel, aber immerhin haben sie so gute Arbeit geleistet, dass sowohl Bundesrat Merz wie Bundesrat Schmid unterdessen wieder voll einsatzfähig sind.

Bei den Ingenieuren, die am Mitholztunnel-Skandal beteiligt sind, lässt sich solches nicht sagen. Der Steuerzahler wird am Ende für den Schaden in zweistelliger Millionenhöhe aufkommen müssen, da ja wohl am Schluss niemand für dieses Debakel zur Verantwortung gezogen wird. Hans Grunder hat ja schon erklärt, er sei nur «formal» an diesem Projekt beteiligt gewesen.

Dr.med. Armin Buchenel, Ins

Abonnieren Sie gratis unseren **Newsletter** unter **www.svp-zuerich.ch**

RÜCKTRITT VON RITA FUHRER ALS PRÄSIDENTIN DES SCHIESSSPORTVERBANDES

Den Mut aufbringen, den Weg zur Zielerreichung unter die Füsse zu nehmen!

Rita Fuhrer hat ihren Rücktritt als Präsidentin des Schweizerischen Schiesssportverbandes (SSV) bekannt gegeben. Untenstehend nimmt sie zu ihrem Entscheid Stellung.

RITA FUHRER
PRÄSIDENTIN SSV

Als Präsidentin des Schiesssportverbandes habe ich in den vergangenen fast drei Jahren eine gute Zeit gehabt. An zahlreichen Anlässen habe ich eine tiefe Verwurzelung der Schützen mit den Traditionen unseres Landes festgestellt, habe Breitensportler mit dem Wunsch nach kameradschaftlichem Beisammensein erlebt, die dann doch mit dem Resultat auf der Scheibe nicht ganz zufrieden waren. Und schliesslich habe ich junge und erfahrene Schiesssportathleten im Wettkampf beobachtet, die nur ein Lidschlag von Sieg und Niederlage trennte. Ich wurde unterstützt und begleitet, habe Vertrauen erhalten und man freute sich oft ehrlich über meine Teilnahme an Feiern und Schiessanlässen. Für all das bin ich sehr dankbar. Einige wichtige Geschäfte hat die Delegiertenversammlung gutgeheissen. Wir haben ein neues Beitragsmodell als Grundlage für eine faire Erhebung der Beiträge an den Verband beschlossen, beteiligen uns an Brünig Indoor und haben nun mit Lungern und Filzbach zwei gute Trainingszentren für unsere Leistungssportler. Der Vorstand war einverstanden mit einem neuen, sehr transparenten Kommunikationsmodell, sodass an jeder Sitzung der Redaktor von Schiessen Schweiz teilnimmt und unabhängig darüber berichtet. Wir haben das Verbandsorgan grundsätzlich bezüglich Inhalt, Gestaltung und Ökonomie deutlich verbessert. Grossartig ist für mich, dass die Schützinnen und Schützen an der Delegiertenverssammlung ohne Gegenstimme dem «Schützenbatzen» zur Bekämpfung der Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» zugestimmt haben. Besser hätten wir nicht zeigen können, wie wir zusammenstehen können und dass wir gemeinsam für unsere Traditionen, unsern Sport kämpfen wollen.

Noch gäbe es aber viel zu tun. Der viertgrösste Sportverband in unserem Land muss sich ausrichten auf eine schwierige Zukunft. Unsere Sportart «Schiessen» ist angegriffen. Wir müssen Paroli bieten, soll unser Sport in der modernen Zeit seinen Platz behalten und attraktiv bleiben. Wollen wir den modernen Anforderungen einer effizienten und ökonomischen Verbandsführung gerecht werden, dann müssen Organisation, Vorstandsarbeit und Abteilungen überdacht werden. Strukturen helfen, die Alltagsarbeit mit möglichst wenig Reibungsverlust und rasch zu erledigen, helfen, sich auf das Wichtige zu konzentrieren, die Zukunft voraus zu planen und sich darauf vorzubereiten.

Das Projekt 2010 hätte dem Verband die Möglichkeit gegeben, sich auf die grossen Herausforderungen der modernen Zeit einzurichten. Völlig eingedeckt mit technischen Details der operativen Aufgaben haben die Mitglieder des Vorstandes heute keine Zeit, sich um die wirklichen Anliegen der Schützen und Verbände zu kümmern. In verbandsstrategisch wichtige Kommissionen und Fachtagungen, die von den Chefs der Abteilungen besucht werden sollten, schickte man wegen fehlender Zeit den Direktor, nur um sich dann zu wundern, wenn er zum grössten Knowhow-Träger im Vorstand wird. Auf wichtige Vernehmlassungen und Anfragen meldet sich kaum jemand zu Wort, weil man die Unterlagen aus Zeitmangel nicht studieren kann; man beantwortet aber Mails mit rein technischen Fragen, deren Antwort sich aus dem Reglement ergibt, bestellt Kranzabzeichen, kümmert sich, weil man das in der heutigen Organisation muss, um unwichtige Details. Auch hätten die Abteilung Leistungssport endlich Strukturen erhalten sollen, die Fähigkeiten und Talente von Athleten und Trainern gefördert hätte, während die Führung die Strategie und Konzepte vorgegeben hätte. Leistungen sollten auf allen Ebenen bis hin zur Zusammenarbeit mit Swiss Olympic klar kommuniziert, eingefordert und anhand von transparenten Kriterien beurteilt werden. Der Vorstand hätte sich um die oberste Ebene der strategischen Ziele für den Leistungssport kümmern sollen, woraus sich dann die Konzepte und das Budget und schliesslich auch die Anforderungen an die Funktionäre und Trainer ableiten lassen. Und er hätte seiner Aufgabe, die Erreichung der festgelegten Ziele regelmässig zu überprüfen, nachkommen sollen.

Nur wenige Vorstandsmitglieder sind von der Notwenigkeit des Projektes 2010 nicht überzeugt. Diese aber wehren sich derart engagiert und vehement, dass der Vorstand SSV von aussen als völlig uneinig erscheint. Das dient der Sache nicht. Die Anträge und Entscheidungen an der Präsidentenkonferenz 2/08 sind nur ein Spiegel, zeigen lediglich, dass man einem Vorstand, der nicht mit einer Stimme spricht, nicht vertraut.

Richtig wäre, nach Niederlagen in der PK etwas zu warten und dann einen weiteren Anlauf im gescheiterten Geschäft zu nehmen. Hier allerdings muss ich festhalten, dass man schon zu lange wartet. Der SSV ist der einzige Verband von dieser Grösse oder Gewicht, der noch mit einem operativ tätigen Vorstand arbeitet, der sieben unabhängige Abteilungen bzw. Bereiche mit Funktionären und Mitarbeitern führt, die nicht übergreifend vernetzt sind und von sieben verschiedenen Vorstandspersonen in deren alleiniger Kompetenz geführt werden. Ich stelle fest, dass damit menschliche Ressourcen, Schützengelder und Sporttalente nicht optimal eingesetzt, wenn nicht gar verschleudert werden und dass viel Goodwill verspielt wird. Das Image der Schützinnen und Schützen wird darunter leiden, dass der SSV den absolut notwendigen Weg nicht gehen will.

Der Verband hat Ziele. Wenn aber der Mut fehlt, den Weg zur Zielerreichung unter die Füsse zu nehmen, kann nichts bewegt werden. Zu lange hat man schon zugewartet, weitere Untätigkeit wäre verheerend. Aus diesen Gründen kann und will ich die Verantwortung für weiteres Zuwarten bis zur Verbesserung der Arbeitsstrukturen im Verband nicht übernehmen. Ich bin bereit, das Präsidium abzugeben. Obwohl es mir leid tut. Obwohl ich gerne Schützenpräsidentin war. Ich trete als Präsidentin des Schiesssportverbandes auf die Delegiertenversammlung vom April 2009 zurück. Ich wünsche meinem Nachfolger viel Glück und Freude bei seiner Aufgabe.

NACHRUF FÜR HANS HAUSER

Boppelsen verliert eine grosse Persönlichkeit

SVP Boppelsen. Hans Hauser war in unserem Dorf Boppelsen eine Persönlichkeit, die sich vielerorts auch über die Gemeindegrenzen hinaus einsetzte. Er war nicht nur in der Gemeindebehörde als Gemeinderat und später als Gemeindepräsident tätig, sondern auch in unserer SVP-Sektion Boppelsen und im Bezirksvorstand.

Als eines der Gründungsmitglieder wurde durch Hans Hauser vor 20 Jahren unserer Ortspartei wieder Leben eingehaucht. Im Amt des SVP-Präsidenten hatte er von 1988–1994 unsere Sektion mit viel Geschickt geleitet. Ein letztes Mal durften wir Hans Hauser an unserem «Doppelten Jubiläum» im September dieses Jahres in gemütlicher und entspannter Runde erleben.

Sein Engagement war an allen Ecken zu spüren. Wahlen für diverse Ämter liessen ihn nicht kalt und so war er bis zuletzt noch tatkräftig bei der Suche nach einem neuen Gemeinderat aktiv.

Leider hat Hans nach einer schweren Krankheit von uns gehen müssen. Auch bei uns hinterlässt er eine grosse Lücke. Gerne behalten wir Hans in unserer Erinnerung als aktiven, einfühlsamen und umgänglichen Parteikollegen.

VERBANDSBESCHWERDERECHT

Investieren statt rekurrieren

Am 30. November 2008 kommt eine für die Gemeinden und die Wirtschaft wichtige Vorlage zur Abstimmung: Die Volksinitiative zum Verbandsbeschwerderecht. Die Initiative verlangt, dass Bauvorhaben, die vom Volk oder von einem Parlament demokratisch gutgeheissen worden sind, nicht länger von privaten Verbänden blockiert oder ganz verhindert werden können. Das schafft Rechtssicherheit für Investoren und Arbeitsplätze und stärkt den Wirtschaftsstandort Schweiz.

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Das Verbandsbeschwerderecht führte in der Vergangenheit zu einer Blockierung von einer Vielzahl von wichtigen Bauvorhaben. Heute sind 28 Umweltorganisationen legitimiert, Beschwerden einzureichen. Betroffen sind alle Bauprojekte, welche eine Umweltverträglichkeitsprüfung benötigen. Gerade vor dem Hintergrund einer sich abkühlenden Wirtschaft ist es jedoch notwendig, dass wir Investitionen fördern und unnötige Blockaden beseitigen. Arbeitsplatzerhaltende und arbeitsplatzschaffende Investitionen dürfen nicht jahrelang verzögert oder gar verunmöglicht werden. Viele dringend notwendige Bauvorhaben können heute wegen hängigen Verbandsbeschwerden jedoch nicht oder nur verzögert realisiert werden. Diese Verhinderungspolitik wurde der Öffentlichkeit beim Projekt Eurogate in Zürich eindrücklich vor Augen geführt. Wegen eines zu spät zurückgezogenen Rekurses wurde das Jahrhundertprojekt schlussendlich nicht realisiert. Die Investitionen hätten sich auf 1,5 Milliarden Franken belaufen und über Jahre hinweg für viele Unternehmen Aufträge generiert und damit Arbeitsplätze geschaffen.

Misstrauensvotum gegen Behörden und Amtsstellen

Das Verbandsbeschwerderecht ist in der heutigen Form aber auch völlig unnötig. In den letzten Jahren wurde die Umweltschutzgesetzgebung laufend verschärft und immer detaillierter geregelt. Heute verfügen wir im Baubereich über eine Flut von Gesetzen und Vorschriften. Jedes grössere Bauvorhaben wird von den verschiedensten Amtstellen und Behörden im Einzelnen geprüft. Dazu kommt ein Rekurssystem, welches sich über mehrere Instanzen erstreckt. Sodann hat sich in den letzten Jahrzehnten auch das Bewusstsein dahingehend verändert, dass man der Natur und Umwelt einen grossen Stellenwert einräumt. Damit ist die Umsetzung der Umweltschutzgesetzgebung genügend gewährleistet. Wir benötigen keine Verbände oder Verbandssekretariate, welche sich zusätzlich als Kontrollinstanz unserer demokratisch gewählten Behörden aufspielen.

Zeichen gegen die Blockadepolitik setzen

Von den Rekursen sind aber nicht nur private Bauvorhaben betroffen. Auch öffentliche Bauten und Infrastrukturanlagen, welche vom Souverän bereits bewilligt wurden, können durch eine Verbandsbeschwerde verzögert oder verhindert werden. Auslöser der FDP-Initiative war deshalb nicht zufällig der Rekurs gegen das geplante Fussballstadion in Zürich. Die Zürcher Stimmbürgerinnen und Stimmbürger genehmigten den entsprechenden Gestaltungsplan grossmehrheitlich. Trotzdem wurde der Bau durch eine Verbandsbeschwerde behindert, was in der Öffentlichkeit einigen Unmut auslöste. Die Initiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechtes ist deshalb dringend notwendig. Sie stärkt den Wirtschaftsstandort Schweiz, indem sie mehr Rechtssicherheit schafft. Damit werden wieder vermehrt Investitionen getätigt und Arbeitsplätze erhalten. Investoren, welche nicht sicher sind, ob ein Projekt in absehbarer Zeit überhaupt realisiert werden kann, suchen sich andere Standorte.

Stärkung der Demokratie

Die Initiative zur Einschränkung der Verbandsbeschwerde stärkt aber auch unsere Demokratie. Bei Bauprojekten, die durch das Volk oder das zuständige Parlament genehmigt worden sind, wäre die Verbandsbeschwerde bei einer Annahme der Initiative ausgeschlossen. Die Verbände könnten damit ihnen unliebsame demokratische Entscheide nicht mehr über die Verbandsbeschwerde einfach aushebeln. Sie müssten sich künftig wie alle anderen Akteure im demokratischen Meinungsbildungsprozess einbringen. Heute können die berechtigten Verbände mit einem einfachen Schreiben auf einer A4-Seite ein Grossprojekt torpedieren, ohne Verantwortung übernehmen zu müssen. Meines Erachtens kann auf die Verbandsbeschwerde sogar ganz verzichtet werden. Leider ist dies aber im Parlament nicht mehrheitsfähig, ein entsprechender Vorstoss von SVP-Seite wurde abgelehnt. Die Initiative geht aber immerhin in die richtige Richtung und ist deshalb zu unterstützen.

Wird die Initiative angenommen, ist dies ein unmissverständliches Signal an die Umweltverbände, dass deren Blockadepolitik vom Schweizer Volk nicht mehr länger toleriert wird. Stimmen wir deshalb JA zur Volksinitiative.

LESERBRIEFE

Die kindliche Entwicklung wird mit HarmoS geknebelt

Mit HarmoS wird die kindliche Entwicklung in den Boden gestampft und geknebelt. Elementare Schritte in Erziehung und Entwicklung des jungen Menschen werden seid Jahren missachtet. Gewalt, Aggressivität, Bildungsmüdigkeit, begleitet von gravierenden Erziehungsmängel und vieles mehr, sind heute das Produkt dieser fehlgeleiteten Bildungspolitik. Nun will man diese Entwicklung auch noch staatlich verordnen, statt ihr Einhalt zu gebieten. Drei zentrale Phasen sind für die Entwicklung des jungen Menschen unabdingbar. Vorab die innerfamiliäre Phase mit Liebe, Geborgenheit und Behutsamkeit. Das Kind braucht eine intime Schutzzone, wo es sein persönliches Umfeld wohlbehütet abgrenzen kann. Vertrauen entwickeln. Beziehungsfähigkeit lernen. Danach folgt der sanfte Übergang zur Bildungsphase, indem die Wahrnehmungs- und Kommunikationsfähigkeit intensiv gefördert und geschult werden muss. Bis anhin geschah dies im Kindergarten. Da die erste Phase durch die familiären Umstände oft zu kurz kommt, muss diesem zweiten Entwicklungsschritt enorme Bedeutung beigemessen werden. Das Kind soll Kind sein dürfen. Weitgehend unbeschwert und unbekümmert. Die Eindrücke der Umwelt kennen lernen. Wie die Vögel pfeifen, wie Blumen riechen, oder wie sich z.B. die Haut einer Schlange anfühlt, sind wichtige Erkenntnisse für den jungen, lerneifrigen Menschen. Spielzeuge anständig austauschen oder lernen, die Schuhe zu binden, sind Kernkompetenzen dieser Entwicklungsphase. Einfache Fingerfertigkeiten trainieren. Erfolge auf kindlichem Niveau. Das manuelle Geschick oder die soziale Beziehungsfähigkeit kommt vor Frühenglisch oder Mathematik. Nicht schulisches Wissen ist gefragt. Auch nicht von der Wirtschaft. Das kommt später. Der Handwerker von Morgen braucht manuelles Geschick, ein gutes Wahrnehmungsvermögen und wieder vermehrt Sozialkompetenz. Es wäre fatal, wenn die Bildungsmüdigkeit vor dem Eintritt in die Volksschule ihre Wurzeln schlagen würde. Deshalb darf HarmoS nicht kommen, auch wenn eine strukturelle Harmonisierung im Bildungswesen durchaus erwünscht ist.

Emil Grabherr, Weggis

HarmoS, der Integrations-Bankrott?

Am 21. Oktober berichteten die Medien über einen Unterhaltungsabend des tamilischen Kulturvereines in Romanshorn. Kinder mit tamilischem Migrationshintergrund spielten als Soldaten auf der Bühne den Terror in Sri Lanka, der Tod und Verderben brachte, anstatt friedlich nach Lösungen zu suchen – dies sind auch Ursache des Flüchtlingsstromes in die Schweiz. Die Kinder trugen und präsentierten Uniformen, Maschinenpistolen, Raketen- und Mienenwerfer auf sich und auf der Bühne. Wie tatsächlich die Botschaft dieser Theatergruppe gelautet hat, wäre auch fürs Gastland Schweiz von grossem Interesse. Fest steht laut Bundesamt, dass die Terroristen in Sri Lanka ihren Kampf zu grossen Teilen mit Geldern finanzieren, die sie in der Schweiz ihren Landsleuten abnehmen – als eine Art Steuer. Wir ermöglichen also den Aufbau des besagten «Staats im Staate»! HarmoS bewirke mit § 4 das Gegenteil der dringend nötigen Integration der Migrantenkinder aus rund 140 Nationen. Wozu müssen denn diese Kinder nebst Schweizerdeutsch, Hochdeutsch, Französisch und allenfalls Englisch auch noch ihre Muttersprache und sogar in Wort und Schrift erlernen? Wäre es nicht absolut sinnvoll, in erster Linie und vordringlich unsere Sprachen zu lernen und zwar so, dass die PISA-Werte wieder besser werden und das Niveau in den Klassen angehoben würde? Wozu müssen diese Kinder «Sprache und Kultur» ihres Herkunftslandes büffeln? Gerade hier wäre doch unsere Kultur ein Mittel zur Integration und zwar ein sehr wichtiges! Sodann ist die Frage an unsere Regierenden: Wie kommt es, dass Lehrer aus aller Welt in unseren Schulhäusern Lehrprogramme den Kindern verpassen sollen, die niemand hier versteht, die nie von unseren Organen kontrolliert oder abgenommen wurden? Da entstehen doch immer mehr «Staaten im Staate» das darf auf keinen Fall erlaubt werden! Integration ist absolut vordringlich und dazu gehört unsere Sprache und Kultur! Wer das nicht will, soll bitte da bleiben, wo er ist! Deshalb ein klares Nein zu HarmoS!

Edwin Schalcher, Stettfurt

HARMOS

Der KGV als Etatisten-Förderer?

Es sind nicht die Inhalte der HarmoS-Vorlage, sondern die ausufernde staatliche Bevormundung!

OSKAR BACHMANN
ALT BILDUNGSRAT SVP
STÄFA

Die Bildungskommission des KGV plädiert in der Oktoberausgabe der «Zürcher Wirtschaft» mit dem Titel «Leistung fördern, Qualität sicherstellen» für ein JA zur HarmoS-Vorlage. Weiter «… das vorgeschlagene Konkordat ist eine Konsequenz aus der im Mai 06 befürworteten Bildungsverfassung, mit der sich der Souverän beim Schulwesen weniger Kantönligeist … wünscht». Mitnichten: kein Artikel des Konkordats gewährleistet Leistungsförderung, keiner wird auch zu einer besseren Schul-Qualität beitragen. Die Bildungskommission gerät ins Schwärmen über die Inhalte von HarmoS. Doch diese sind und können allesamt ohne Konkordat in den Kantonen erreicht und umgesetzt werden. Dazu braucht es die Bundeskeule nicht!

1. Bringt HarmoS mehr Freiheit oder mehr Staat?

Dieses Konkordat steht über kantonalem Recht und gibt 26 Erziehungsdirektoren eine gesetzgebende Kraft, die das Prinzip der Gewaltenteilung aufs gröbste verletzt. Dieser staatlichen Bevormundung leistet die Bildungskommission KGV Vorschub. Es geht nur vordergründig um Inhalte. Kernpunkt ist die Aushebelung des Souveräns und der Parlamente. Es geht darum, dass die Direktbetroffenen Eltern, Lehrpersonen und Schulpflegen in Zukunft nichts mehr zu sagen haben werden! Heute hat das Volk mittels Initiativen, Referenden die Möglichkeit, die Bildungspolitik zu beeinflussen (Husi, Handarbeit, Klassengrössen, Fremdsprachen usw.). Mit HarmoS werden solche Vorstösse nicht mehr möglich sein. Die Kompetenz für Bildungspolitik wird allein und ohne Mitsprache der Parlamente bei den EDK-Bildungsfunktionären liegen. Konkordatsrecht bricht kantonales Recht!

2. Verstaatlichung und Kollektivierung des Vorschulalters!

Eine generelle Schulpflicht ab 4 Jahren verletzt das Subsidiaritätsprinzip gegenüber Familien und den Ebenen Gemeinden, Kanton, Bund. Mit HarmoS verdrängt der Staat die Eltern zunehmend aus der Verantwortung für Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Statt wie bisher lediglich zwei Kindergartenjahre anzubieten und den Schulbeginn zu belassen, wird nun das Eintrittsalter um drei Monate nach vorne verschoben. Damit sind nicht nur alle Kinder im Kindergarten jünger, sondern es kommt ein Viertel aller Kinder ein Jahr früher in den Kindergarten und damit auch ein Jahr früher in die Primarschule. In der Familie werden die ersten qualifizierten Bildungswerte besser vermittelt als im Zwangskollektiv des vorverlegten Kindergartens. Studien (z.B. Die Erziehungsexpertin Prof. Judith Stamm) belegen, dass jüngere Kinder in der Schule weniger profitieren und damit eine Nivellierung nach unten verstärkt werden wird. Wir als Lehrmeister müssen zunehmend feststellen, dass die Schulabgänger verfrüht ins Berufsleben gedrängt werden. Die zusätzlich notwendigen finanziellen Mittel würde der Staat besser in die älteren Kinder der Oberstufe investieren.

Zusammen mit den Blockzeiten (vier Lektionen am Morgen) schon im Kindergarten, wird die frühere Einschulung zu einer ernsthaften Belastung vieler Kinder, aber auch für die Lehrpersonen.

3. Das Märchen vom Problem des Wohnorts- und Schulwechsels!

Die innerschweizerische Migration von Familien beträgt lediglich 2–3 Prozent aller Schulkinder. Auch nach HarmoS werden in der West-, Zentral-, Süd- und Deutschschweiz drei verschiedene Lehrpläne vorliegen! Der Wechsel der Lehrpersonen ist für die Kinder psychisch belastender als ein Systemwechsel. Gut ausgebildete Lehrkräfte, die auf die einzelnen Kinder bei anständigen Klassengrössen besser eingehen können, sind viel wichtiger als eine bürokratische Vereinheitlichung von Programmen und Lehrmitteln.

4. Chancengleichheit, Stellenwert der Familie und Unabhängigkeit der Mutter als Frau und Unternehmerin.

Die Behauptung, dass frühere Einschulung die sogenannte Chancengleichheit fördere, ist empirisch nicht erhärtet. Es wird immer gute, mittelmässige und schwache Schüler geben. Die noch frühere Einschulung wird diese Leistungsunterschiede eher verstärken denn abschwächen. Diese Harmonisierung und versuchte Nivellierung geht zu Lasten der Leistungsfähigen und derjenigen Kinder, die lernen wollen. Frühere Schulzeit geht zu Lasten der Familienzeit. Die Unterschätzung der gemeinsamen Zeit von Mutter und Kindern ist fatal. Sie kann weder durch finanzielle Entlastung noch durch staatlich kollektivierte Tagesstrukturen aufgehoben werden. HarmoS wird als «frauenfördernd» propagiert! Die gemeinsame Erziehung von Geburt bis Primarschuleintritt ist die grosse Chance für Vater, Mutter und Kinder. Eine verbesserte Kombination von Beruf, Arbeitswelt, Familien- und Freizeit ist nicht durch verstärkte staatliche Vorschriften sonder durch eine Deregulierung der Arbeitswelt zu erreichen. Individuelle, massgeschneiderte Lösungen von Arbeits- und Familienzeit muss die Arbeitswelt durch Eingehen auf die Anliegen von Müttern und Vätern selber finden.

Wehret weiteren Verstaatlichungen und verwerfen Sie die Vorlage HarmoS wuchtig!

KMU-Unternehmer:

Wir erledigen Ihre Inkassofälle zu äusserst fairen Bedingungen

mrs-consultants
Blumenfeldstrasse 11/22, 8046 Zürich
Telefon 043 811 39 36
E-Mail: mrs-consultants@bluewin.ch

Fadegrad

Switzerland oder Swaziland?

VON ROLF A. SIEGENTHALER

Die 2000-Watt-Gesellschaft soll in der Gemeindeordnung verankert werden. Bis ins Jahr 2050 soll unser Energiebedarf von jährlich 6000 Watt auf 2000 Watt reduziert werden. Bis zu diesem Jahr soll die Stadt Zürich auch aus dem Atomstrom aussteigen. Die Einschränkungen betreffen auch den CO_2-Ausstoss, der im gleichen Zeitraum von heute 6 Tonnen pro Jahr auf 1 Tonne gesenkt werden soll. Zur Erreichung dieser Ziele sollen an allen Fronten energiesparende Massnahmen gefördert werden. Es geht um die konsequente Umsetzung des Minergie-Standards beim Bau neuer Gebäude und um die weitere massive Einschränkung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe. Es wird also auch den Autofahrern weiter an den Kragen gehen. Die Vorlage wird von Stadt- wie auch Gemeinderat zur Annahme empfohlen. Nur die SVP ist wieder einmal dagegen. Ist das unsere übliche Zwängerei oder steckt mehr dahinter? Schliesslich ist das Einsparen von Energie vernünftig. Als problematisch erachten wir den Ausstieg aus der Kernenergie, die Einschränkungen und die Verteuerungen des Stroms. Wir müssten unseren Energieverbrauch grob auf das Niveau von Swaziland reduzieren. Von Switzerland zu Swaziland – wenn wir wieder eine Agrargesellschaft werden, kein Problem. Dann würden wir auch mehr Methangas produzieren, könnten uns von biologisch produzierten Lebensmitteln ernähren und mit dem Ochsenkarren herumfahren. Nun, diese Zukunft möchte wohl niemand, auch nicht die Befürworter. Die Hoffnung ist vielmehr, dass durch die Änderung der Gemeindeordnung nicht nur das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft verankert wird, sondern umgekehrt die Stadt Zürich ihre Beteiligungen an den Kernkraftwerken bis ins Jahr 2050 sicher behalten darf. Es ist also politisches Kalkül dahinter, wenn etwa die FDP eine solche Vorlage befürwortet. Wenn wir die Atomkraft isoliert betrachten, könnte diese Denkweise verlockend sein. Aber: Der Stromverbrauch steigt mit der Zunahme moderner Technik im gleichen Mass, wie der Einsatz fossiler Brennstoffe sinkt (Elektroautos, Wärmepumpen, Steuerungsanlagen usw.). Gleichzeitig wie die Beteiligung an KKW laufen auch die Wassernutzungsverträge im Bündnerland aus. Es ist keineswegs sichergestellt, dass das ewz künftig über eigene Energiequellen aus Wasserkraft verfügen wird. Im Kanton Graubünden wurde kürzlich ein Probelauf gemacht, als die Rechte an einem Kleinkraftwerk für eine horrende Summe nicht ans ewz sondern an die BKW gingen. Wir wären gezwungen, uns an thermischen Kraftwerken beteiligen und sauberen Atomstrom durch CO_2-intensiven Kohle- oder Erdölstrom zu ersetzen. Die Umweltschutzmassnahmen verteuern Strom enorm – wo bliebe da unsere Wirtschaft? Und nur eine funktionierende Wirtschaft kann Umweltschutz finanzieren. Die Vorlage ist gefährlich! Wo wollen Sie leben? In Switzerland oder Swaziland!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Rosengartentram und Bauland

Zwei Themenblöcke beherrschten die Mittwochsdebatte im Gemeinderat: Ein geplantes Tram an der Rosengartenstrasse und Baulandverkäufe. Einmal mehr zeigte es sich deutlich, dass die Schweizer Demokraten eine linke Partei sind.

MARTIN BÜRLIMANN
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 10

Seit Jahrzehnten ist die Rosengartenstrasse in Wipkingen ein Dauerbrenner in der städtischen Politik. Das aktuelle Kapitel in der unendlichen Geschichte bildet eine Volksinitiative von der Linksaussen-Gruppierung IG Westtangente. Sie will eine Spurreduktion der Rosengartenstrasse und dafür ein neues Tram. Der Stadtrat hat in seinem vorauseilenden Gehorsam in der langfristigen Planung des Verkehrsnetzes bereits eine Linie 16 eingezeichnet. Sie soll den Albisriederplatz, Bucheggplatz und Milchbuck verbinden.

Die Initiative kommt als allgemeine Anregung daher, was die Sache verkompliziert. Das Fazit vorweg: Der Gemeinderat hat den Stadtrat beauftragt, ein Konzept für ein Rosengartentram auszuarbeiten. Es kommt also nicht zur Volksabstimmung «Tram ja oder nein», wie man das eigentlich erwarten könnte. Die vereinten Linken haben es so gedreht, dass zuerst ein tolles Konzept ausgearbeitet wird, welches dann wie üblich mit bunten, schönen Prospekten eine heile Welt des öffentlichen Verkehrs suggeriert.

Kritik der SVP

Der ewige linke Kampf gegen Windmühlen hat dem Quartier Wipkingen mehr geschadet als die Rosengartenstrasse selbst. Natürlich ist sie keine Perle im Stadtbild, aber die SVP hat der bestgehassten Strasse der Schweiz eine Lanze gebrochen: Sie funktioniert. Auf der Rosengartenstrasse verkehren täglich 60 000 Autos, 100 000 Menschen und Handelsgüter im Wert von vielen Milliarden Franken. Die Strasse ist ein wichtiger Verkehrsträger.

Alleine das Gewerbe Wipkingen bietet 2000 Arbeitsplätze an, etwa 800 davon in Klein- und Kleinstbetrieben. Diese sind auf flüssigen Verkehr angewiesen. Die Feinverteilung in der Stadt erfolgt mit privatem Transport. Abgesehen davon ist der grösste Teil des Verkehrs dort innerstädtischer Verkehr.

Historisch gewachsen

Die Strasse ist nicht einfach die Folge einer Bausünde, sie ist vielmehr historisch gewachsen. Die eigentliche Schneise schlug der schon damals linke Stadtrat in den Dreissiger Jahren mit der «Licht- Luft und Sonnenpolitik». Der alte Wipkinger Dorfkern wurde geschliffen und die Strasse begradigt.

Die erste grosse Brücke zwischen Zürich und Baden war die Wipkingerbrücke von 1872, die Stadt baute sie an der Stelle, wo die grösste Fähre lag. Die Strasse ist buchstäblich seit Jahrhunderten eine Verkehrsachse, und man kann sie nicht einfach beschneiden, wie die Linken dies wollen. Kurt Hüssy erläuterte, dass es den Linken schlicht und einfach um eine Behinderung des privaten Autoverkehrs geht. Man könnte ja die Buslinien 72 und 33 ausbauen, dies wäre eine wirksame Massnahme zu kleinen Kosten.

Die linke Mehrheit im Gemeinderat überwies die Vorlage, nun folgt bis nächsten Sommer ein Projekt zu diesem zwänglerischen Vorstoss. Die SVP blieb erfolglos mit ihrer Forderung, diese Volksinitiative direkt zur Abstimmung zu bringen.

Sinnvolle Baulandverkäufe

Der zweite Teil der Sitzung befasste sich mit einer Reihe von Vorstössen zum Thema Bauland. Konkret ging es um Landverkäufe in Glattbrugg und im Oberhauser Ried. **Roger Liebi** fasste die grundsätzliche Position der SVP zusammen, die Landverkäufen positiv gegenüber steht. Die Grünen verlangten bei den einzelnen Sachgeschäften und in einem eigenen Postulat, dass die Verkäufe ausserhalb der Stadt mit Landkäufen in der Stadt kompensiert werden sollen. Auf diesen Parzellen soll – wie könnte es anders sein – sozialer Wohnungsbau erfolgen.

In diesen Fragen stimmten FDP, CVP und EVP zusammen mit der SVP für eine bürgerliche Politik. Dennoch reichte es in den Geschäften nicht für eine Mehrheit. SP, Grüne und AL haben die Mehrheit im Rat und werden dabei oft von den Schweizer Demokraten unterstützt.

Linke Schweizer Demokraten

In ihrem Wahlverhalten sind die Schweizer Demokraten eine linke Partei. Sie gelten zwar als Rechtsaussen-Partei, das Wahlverhalten der drei SD-Vertreter im Gemeinderat zeigt jedem Beobachter etwas anderes: Sie stimmen regelmässig mit den linken Parteien. Nur beim Thema Ausländer unterstützen sie die bürgerliche Ratsseite. Daher muss jede Wählerin und jeder Wähler wissen: In Tat und Wahrheit sind die SD fremdendfeindliche, grüne Fundamentalisten. Wer SD wählt, gibt einer Linkspartei die Stimme.

SVP der Stadt Zürich

Ausserordentliche Delegiertenversammlung:
Kandidaten-Nomination zur Stadtrats- und Stadtpräsidenten-Ersatzwahl vom 8. Februar 2009

Donnerstag, 11. Dezember 2008

Besuchen Sie unsere Homepage!

SVP Frauen Kanton Zürich

www.frauen.svp-zuerich.ch

Die SVP Frauen Kanton Zürich bewegen. Wir betreiben Sachpolitik.
Profitieren Sie als SVP-Mitglied von einer kostenlosen Co-Mitgliedschaft.

Neue Mitglieder sind herzlich willkommen!

Kontakt: **Jacqueline Hofer, Präsidentin der SVP Frauen Kanton Zürich, Tel. 044 820 20 90, info@jhofer.ch**

Parolen zur Volksabstimmung vom 30. November 2008

Städtische Vorlagen

Ergänzung der Gemeindeordnung, Verankerung der Nachhaltigkeit und der 2000-Watt-Gesellschaft	NEIN
Baulinienvorlage Gleisfeld Neufrankengasse zwischen der Lang- und Hohlstrasse, Zürich-Aussersihl, Festsetzung	NEIN
Teilrevision Nutzungsplan, Zonenplanänderung im Bereich Kronenwiese, Zürich-Unterstrass	JA
Teilrevision Nutzungsplan, Zonenplanänderung Zollfreilager-Areal Flurstrasse/Rautistrasse, Zürich-Albisrieden	JA

NEIN ZUR ERGÄNZUNG DER GEMEINDEORDNUNG

Entschlossen gegen eine ruinöse Energiepolitik

Am 30. November stimmen wir in der Stadt Zürich über die «Ergänzung der Gemeindeordnung, Verankerung der Nachhaltigkeit und der 2000-Watt-Gesellschaft» ab. Eine unsinnige Vorlage mit schwerwiegenden Konsequenzen, die entschlossen bekämpft werden muss.

ROLF A. SIEGENTHALER
KANTONSRAT SVP
ZÜRICH 6

Als erste Schweizer Gemeinde will sich die Stadt Zürich in der Verfassung zu umfangreichen Klimaschutz-Zielen und zum Atomausstieg verpflichten. Dadurch soll sie zu einem leuchtenden Beispiel werden. Um dies zu erreichen, scheint den Grünen und Linken jedes Mittel recht. Man schreckt nicht davor zurück, die Lebensqualität der Bürger zu beschneiden, die Fixkosten zu verteuern, den Wirtschaftsstandort zu schwächen und sich für eine Energiepolitik einzusetzen, die nur eine Bezeichnung verdient: ruinös. Während die negativen Auswirkungen gravierend wären, bliebe der Nutzen minimal. Mal ehrlich: Im Alleingang kann die Stadt Zürich die Klimaerwärmung nicht stoppen, ganz egal, was sie unternimmt.

Fragwürdige Ziele

Konkret soll sich die Stadt Zürich für eine Reduktion des CO_2-Ausstosses von 9 auf 1 Tonne pro Kopf und Jahr einsetzten, bei gleichzeitiger Senkung des Energieverbrauchs um über zwei Drittel. Das alles müsste ohne Kernenergie erreicht werden, welche CO_2-armen Strom produziert und einen Drittel des städtischen Bedarfs deckt. Dank Kernenergie produziert das EWZ überschüssigen Strom, der teuer verkauft werden kann. Fallen diese Profite weg, wird der Strom in der Stadt Zürich massiv teurer. Fragwürdig auch die anderen Ziele: Ein CO_2-Ausstoss von einer Tonne entspricht in etwa dem heutigen Austoss in Entwicklungsländern wie Jemen oder Swasiland! Ist das eine realistische Perspektive für Zürich? Nein, glaubt auch die Wissenschaft. Eine derart drastische Reduktion dürfte dem Paul-Scherrer-Institut zufolge bis 2050 nicht möglich sein, erst recht nicht ohne Kernenergie. Was die 2000-Watt-Gesellschaft anbelangt, so spricht die ETH von einer «qualitativen Metapher» und nicht von einem zwingenden Ziel. Kein Wunder, denn ein Verbrauch von 2000 Watt pro Kopf entspricht dem Stand von 1960.

Neuer Höhenflug für Grüne und Linke?

Ein Ja wäre ein herber Schlag für die bürgerliche Politik: Werden solch umfassende Ziele in der Verfassung verankert, schafft man die Grundlage für zahlreiche weitere Begehrlichkeiten von links-grüner Seite. Diese könnte sich in Zukunft jeweils auf die Verpflichtung in der Gemeindeordnung berufen und erhielte einen Blankoscheck für sämtliche ökologischen Forderungen, egal wie absurd sie sein mögen. Auch deshalb ist es wichtig, am 30. November Nein zu stimmen.

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Handgemachte Geschenke zur Geburt, Hochzeit, Jubiläum oder einfach für sich. **www.kreativ-geschaenkli.ch**

Brennholz trocken, 26 Ster Buche, 14 Ster Laubholz und 35 Ster Laubholz gebündelt. Tel. 044 939 21 30.

Ladewagen Pöttinger Ladeprofi II, 31 m³, revidiert, mit Silierschneidewerk und Knickdeichsel, Doppelräder, günstiger Preis. M. Lusti, Grossackerstr. 121, 8041 Zürich, Tel. 044 481 53 34.

Autoanhänger Humbaur 110x175 cm mit Auflaufbremse, GG 850 kg, Jg. 90, Fr. 500.–, Tel. 044 932 25 36.

Vorkeimkistchen (Holz); **Bandeingrasvorrichtung** zu Bucher M 500, Tel. 052 315 40 19.

Anbauspritze Birchmeier, 15 m Balken, auch geeignet zum Bäume spritzen, Fr. 3800.–, Tel. 079 380 44 53.

Düngerstreuer SULKY, wie neu, 1 Saison gebraucht. Inhalt: 850 l mit Abdeckung, Fr. 3800.–, Tel. 079 680 63 87.

Schneefräsen, 5 bis 13 PS, zu guten Preisen; **Seilwinde** Univorest; **20-t-Holzspalter; Scheibenmäher.** Tel. 079 359 85 16.

Subaru Legacy 2.0 4WD Kombi, grau met., 52 000 km, ab MFK, Preis Fr. 13 500.–, Tel. 079 649 02 34

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung! Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei. **Tel. 044 822 26 11.**

Lager-Halle ab 100 m². Natel 079 405 88 58 (8–21 Uhr).

Arch./Bauleiter/ Altbausanierung

Feuchtigkeitsbehandlung, Umbauten, Maurerflick- u. Gipserarbeiten, Beratung, Planung, Ausführung.

Tel. 079 398 00 31

Wir suchen **Stapler,** egal Benzin- der Diesel sowie **Bagger**; div. **Baumaschinen**. Gute Bezahlung! Wird sofort abgeholt. **Tel. 079 620 01 83**.

GESUCHT

Achtung! Haben Sie ungebrauchte Velos im Keller (noch fahrbar), hole sie gratis ab. Tel. 079 667 79 82.

Steht bei Ihnen noch ein alter **leichter 4-Rad-Pneuwagen** aus Metall? Mit oder ohne Brücke. Tel. 079 691 77 06.

Jüngere **Kuh oder Rind** sowie **Aufzucht-Kalb.** Tel. 044 935 19 70.

Scheune oder Grundstück für kleines Baugeschäft als Magazin. Telefon 052 222 10 80.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

ZU VERMIETEN

In Rüti: **4,5-Zimmer-Hausteil** auf Bauernhof, renoviert, max. 2 Personen, ohne Haustiere, Nichtraucher, Telefon 055 240 36 02.

Im Hirzel auf Bauernhof, per 1.4.08: neu renovierter **4,5-Zimmer-Hausteil.** Möglichkeit zu Mithilfe auf Betrieb (Stallablösung). Tel. 044 729 98 29.

ZU MIETEN GESUCHT

Bauernehepaar sucht **3-Zimmer-Wohnung oder Hausteil** auf landwirtschaftlichem Betrieb. Raum Züricher Oberland, per 1. Februar 2009. Tel. 055 244 16 83.

IMMOBILIEN

Zu verkaufen in **Vals** im Haus Zervreila **renoviertes Studio.** Nähere Infos unter Tel. 044 221 11 12, Di–Fr. 9.00 bis 18.00 Uhr.

Gesucht: **Landwirtschaftsland** u./o. **Landwirtschaftsbetrieb,** Kauf oder Pacht zu Höchstpreisen, Landparzellen mind. 150 a, für Gemüsebau geeignet, Region Weinland/Thurtal/Bodensee.

Kontakt:

Walter Jucker
Landwirtschaftliche Beratungen
Wallikerstrasse 81, 8330 Pfäffikon ZH
Tel. 044 950 08 42, www.juckerberatung.ch

PACHT

Suche zirka **2500 m² Grünfläche** zum Pachten für Hundeschule im Raum Zürich-Unterland. Tel. 079 580 34 42.

STELLEN

Maschinenring sucht **motivierte Leute,** die anpacken können, Raum Kanton Zürich für Landwirtschaft, Gartenbau, Bau, wochenweise oder länger, Tel. 055 251 41 41.

FREIZEIT/KONTAKTE

Kleiner Business-Club in Glattbrugg mit guter Infrastruktur, Büro, Konferenzraum, Bar, Sauna, Parkplätze, sucht Mitglieder. Natel 078 833 62 17.

DIVERSES

Gehen Sie ins Altersheim? Wohnungsräumungen gratis oder Kauf des gesamten Inventars. Tel. 079 667 79 82.

serigrafik
044 810 69 71 Jean Zellweger
Autobeschriftungen • Werbekleber
Reklametafeln • Poster • Lasergravuren
www.serigrafik.ch

BLUM Gipsergeschäft GmbH
Aussenisolation
Alte Schaffhauserstrasse 6
8413 Neftenbach
Tel. 052 301 03 06, Fax 052 222 80 91

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐

Anzahl der Erscheinungen ____ mal

Name
Vorname
Strasse
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.

Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

Die Profis vom Land
Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für
▸ Gewerbe ▸ Bau
▸ Industrie ▸ Gartenbau
tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz
▸ Tel. 055 240 41 41 ▸ info@mrzo.ch
MR Maschinenring

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!
Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung
In Top moderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine
Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 19. November 2008:**

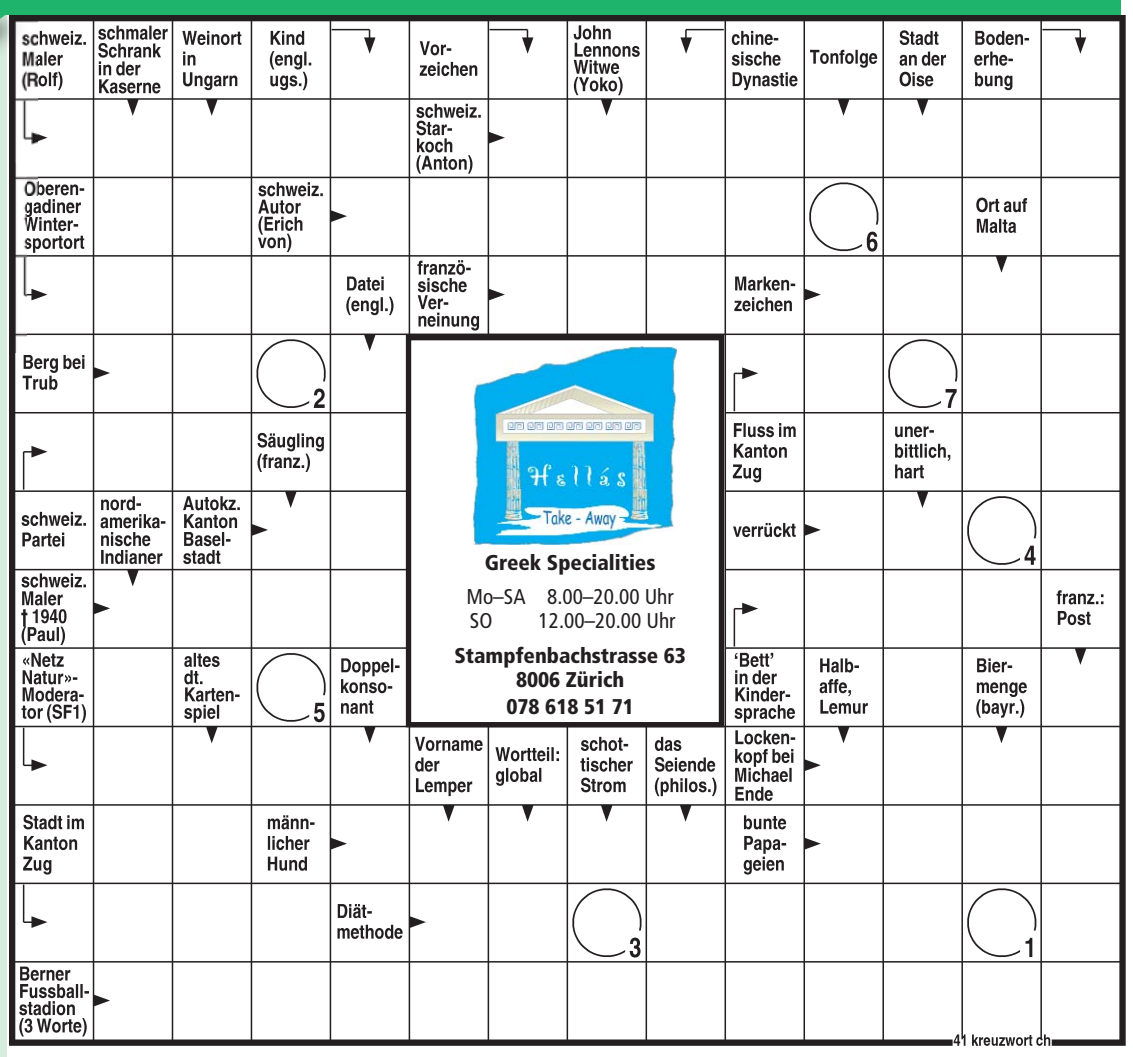
Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 43/08
Lösungswort: Bausatz

Gewinner: V. Kunz, Uetikon a.S.

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7

Lösungswort Woche 46/08

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 17. November 2008, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Schmiden.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeweils am ersten Montag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Horgen / Rüschlikon
Der Barometer findet jeweils am ersten Donnerstag im Monat von 17.30 bis 19.00 Uhr, Restaurant «Tracht», statt.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Uster / Volketswil
Jeweils am ersten Donnerstag im Monat, ab 18.00 Uhr, Restaurant Wallberg, Volketswil, am «Runden Tisch».

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19:00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Elgg
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Eintracht, Elgg.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 7
Jeden letzten Donnerstag im Monat (ohne Juli und Dezember), ab 17.30 bis 18.30 Uhr, Restaurant Burgwies, Forchstrasse 271, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 1. Dezember 2008, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum, Dorfstrasse 8, Ebertswil, Parteiversammlung und Chlaushock.

Bezirk Dielsdorf / Boppelsen
Samstag, 22. November 2008, 18.00 Uhr, im Mehrzweckraum Hinterdorf, Raclette-Abend. Herzlich willkommen heisst Sie die SVP-Ortssektion Boppelsen.

Bezirk Dielsdorf / Oberglatt
Samstag, 15. November 2008, 10.00–15.00 Uhr, vor dem Volg, Oberglatt, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

Bezirk Hinwil / Bäretswil und Bezirk Pfäffikon / Bauma
Montag, 17. November 2008, 20.00 Uhr, Gasthof «Tanne» (Saal), Bauma, öffentliche Veranstaltung zum Thema «HarmoS ist nicht harmlos!» (Abstimmugnsvorlage vom 30. November 2008). Pro: Kantonsrätin Karin Maeder-Zuberbühler (SP), Rüti. Kontra: Kantonsrat Samuel Ramseyer (SVP), Niederglatt. Leitung: Hanspeter Blattmann, Redaktor «Der Tössthaler».

Bezirk Horgen / Horgen
Samstag, 15. November 2008, 11.00-14.00 Uhr, Dorfplatz, Horgen, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

Bezirk Meilen
Samstag, 29. November 2008, 19.00 Uhr, Sunnmatt 4, Zumikon (vis-à-vis ZumiPark, Wegweiser «Sunnmatt Lodge»), SVP-Advents-Abend. Ehrengäste: Regierungsrätin Rita Fuhrer und Professor Dr. Hans Geiger. Programm:

19.00 Uhr	Musikalischer Apéro mit Gregor Rutz.
20.00 Uhr	Salatbuffet, Fondue Chinoise, Dessertbuffet.
Tenue	Sportlich-elegant.
Preis	Dank Sponsoren beläuft sich der Unkostenbeitrag auf nur Fr. 70.– pro Person (inkl. alle Getränke; zahlbar vor Ort). JSVP bis 25 Jahre bezahlen Fr. 40.– pro Person.

Ein eventueller Überschuss dieses Anlasses wird unserem Wahlkonto gutgeschrieben. Wir freuen uns auf Sie – geniessen Sie mit uns einen wunderbaren Abend im geheizten Zelt in weihnachtlich dekorierter Umgebung! Anmeldung bis spätestens Mittwoch, 26. November 2008, an Benno Müller, Sunnmatt 4, 8126 Zumikon, Telefon 044 918 14 25, Fax 044 918 14 79 oder E-Mail: info@sunnmatt-lodge.ch. Bitte Vorname, Nachname, Adresse, Telefon und Anzahl Personen angeben.

Bezirk Meilen / Hombrechtikon
Mittwoch, 19. November 2008, 20.00 Uhr, Restaurant Krone, Feldbachstrasse 2, Hombrechtikon, Parteiversammlung mit Gastreferent Samuel Ramseyer, Kantonsrat, Präsident der Kommission für Bildung und Kultur. Er spricht zum Thema «HarmoS».

Samstag, 22. November 2008, 10.00-12.00 Uhr, Post/Migros, Hombrechtikon, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Donnerstag, 20. November 2008, 19.30 Uhr, Restaurant KEK (Säli), Küsnacht, Parteiversammlung mit anschliessender politischer Standortbestimmung durch Nationalrat Hans Fehr.

Freitag, 12. Dezember 2008, 19.00 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht, Parteiversammlung/Jahresausklang. Anmeldung bis Donnerstag, 20. November 2008, an Werner Furrer, Dorfstrasse 16, 8700 Küsnacht, E-Mail: wfurrer8@ggaweb.ch oder an der Parteiversammlung vom 20. November 2008.

Bezirk Meilen / Meilen
Samstag, 15. November 2008, 10.00–12.00 Uhr, vor dem Landi Dorf, Meilen, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008. Anwesend ist u.a. Nationalrat Ernst Schibli.

Bezirk Pfäffikon / Fehraltorf
Samstag, 15. November 2008, 9.00–12.00 Uhr, vor Coop, Fehraltorf, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

Bezirk Pfäffikon / Russikon
Dienstag, 18. November 2008, 20.00 Uhr, Restaurant Krone, Russikon, Parteiversammlung.

Bezirk Uster / Egg
Samstag, 15. November 2008, 8.30–11.30 Uhr, Dorfplatz, Egg (zwischen Volg und Post), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008. Anwesend ist u.a. Nationalrat Alfred Heer.

Junge SVP Winterthur
Samstag, 15. November 2008, 9.15 Uhr, beim PKZ, Winterthur Altstadt, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008. Anwesend ist u.a. Gregor A Rutz.

Samstag, 22. November 2008, 9.15 Uhr, beim PKZ, Winterthur Altstadt, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

Stadt Zürich / Kreis 3
Donnerstag, 27. November 2008, 20.00 Uhr, Restaurant Schützenruh (gegenüber Strassenverkehrsamt), Üetlibergstrasse 300, Zürich, Jass- und Kegelabend.

Stadt Zürich / Kreis 6
Samstag, 15. November 2008, 9.30–11.00 Uhr, Schaffhauserplatz, Zürich, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

Mittwoch, 19. November 2008, 18.30–19.30 Uhr, Bucheggplatz, Zürich, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

Stadt Zürich / Kreis 8
Samstag, 15. November 2008, 9.30 Uhr, Höschgasse/Seefeldstrasse (vor Coop), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

Samstag, 22. November 2008, 9.30 Uhr, Einkaufszentrum Witikon, Zürich, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

Stadt Zürich / Kreis 9
Freitag, 5. Dezember 2008, 19.00 Uhr, Schützenstube Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlausfeier.

Stadt Zürich / Kreis 11
Samstag, 15. November 2008, 9.15–12.00 Uhr, auf dem Marktplatz (beim Brunnen hinter Swissôtel), Zürich, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

Dienstag, 2. Dezember 2008, 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach, Samichlaushöck und gemütliches Zusammensein bei Nuss und Birre; also chömmed all in Felsberg fürre.

Winterthur Stadt / Seen
Samstag, 15. November 2008, 8.30–12.30 Uhr, vor dem Einkaufszentrum, Seen, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Samstag, 15. November 2008, 9.30–12.00 Uhr, Seefeldstrasse 131, vor dem Eingang Schulhaus Seefeld (gegenüber Café Freytag), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008 mit Kaffee und Kuchen.

Dienstag, 2. Dezember 2008, 19.00 Uhr, Restaurant Bahnhof Wollishofen, Seestrasse 339, Zürich-Wollishofen, Adventsessen.

Montag, 26. Januar 2009, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Kanton Zürich Vorankündigungen:
Donnerstag, 22. Januar 2009, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Podiumsdiskussion «Die Schweiz im EU-Diktat». Teilnehmer: Nationalrätin Anita Thanei, Rechtsanwältin, lic. iur. (SP); Nationalrat Daniel Jositsch, Professor für Strafrecht (SP); Nationalrat Hans Fehr, Geschäftsführer AUNS (SVP) und Nationalrat Lukas Reimann (SVP). Weitere Angaben folgen.

Donnerstag, 12. März 2009, Stadt Winterthur, SVP-Frauen Kanton Zürich/SVP-Frauen Winterthur zusammen mit **SIFA – Sicherheit für alle** (http://www.sifa-schweiz.ch, http://svpfrauen.ch), Veranstaltung.

Montag, 11. Mai 2009, im Bezirk Meilen, SVP-Frauen Kanton Zürich/SVP-Frauen Bezirk Meilen, Veranstaltung mit der Verkehrskommission der SVP Kanton Zürich.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 14. November 2008, 19.30 Uhr, Hotel Zentrum Töss, Winterthur, Infoabend «Was HarmoS ist – was HarmoS auslöst». Gezeigt werden themenorientierte Filmausschnitte. Ausserdem kommen profilierte Referentinnen und Referenten zu Wort, die sich mit den Vor- und Nachteilen des neuen Bildungssystems auseinandersetzen. Im Anschluss wird diskutiert. Der Eintritt ist frei. **Weiterer Infoabend:** Samstag, 15. November 2008, 19.30 Uhr, Hotel Drei Linden, Wetzikon. Organisation: Schweizer Elternforum.

Samstag, 6. Dezember 2008, 18.00 Uhr, Hôtel et Restaurant de la Cigogne, rue de l'Allaine 35, Miécourt JU, Sankt Martinsfest mit Ehrengast André Bugnon, Nationalratspräsident. Kosten Menu: 45 Franken pro Person. Anmeldungen bis am Mittwoch, 26. November per E-Mail an jeunesse@udc-ju.ch oder Natel 079 765 48 31. Beschränkte Plätze. Organisation: Junge SVP Jura.

SVP Uri
Freitag, 5. Dezember 2008, 18.30 Uhr, Rollhockey-Halle, Dorfstrasse 117, Seedorf UR, Veranstaltung «10 Jahre SVP Uri». Programm:

18.30 Uhr:	Eintreffen der Gäste/Apéro/Echo vom Tödi.
19.30 Uhr:	Begrüssung und Worte von Tino Gisler, OK-Co-Präsident, und Gusti Planzer, Präsident SVP Uri.
19.45 Uhr:	Wort des Präsidenten der SVP Schweiz, Nationalrat Toni Brunner.
20.00 Uhr:	Nachtessen, musikalisch umrahmt vom Echo vom Tödi.
21.30 Uhr:	Festansprache durch Dr. Christoph Blocher, abgewählter Bundesrat.
22.15 Uhr:	Kaffee, Dessert und musikalische Unterhaltung vom Echo vom Tödi.
23.00 Uhr:	Unterhaltung mit der Stimmungskanone des volkstümlichen Schlagers, Diana.

Anschliessend musikalische Unterhaltung vom Echo vom Tödi. Ab 21.00 Uhr Barbetrieb bis 04.00 Uhr. Der Eintritt ist frei. Unkostenbeitrag für Nachtessen: 18 Franken. Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung unumgänglich. Anmeldungen bitte via Internet unter www.svp-uri.ch oder Anruf an die Natelnummer 076 457 16 04 (Stefan Simmen). OK «10 Jahre SVP Uri».

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Vortrag «Wohlbefinden im Alter»
Montag, 1. Dezember 2008, 14.00-16.00 Uhr, Volkshaus, Weisser Saal, Stauffacherstrasse 60, Zürich (Tram 8 oder Bus 32 bis Helvetiaplatz). Themen: Stadtrat Robert Neukomm: **Lachen ist gesund**. Prof. Dr. Brigitte Boothe, Psychologisches Institut Universität Zürich: **Findet mich das Glück?** Pello, Clown und Humorberater: **Humor als Schwimmring auf dem Strom des Alltags**. Der Eintritt ist gratis.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Daniela Vas (vs.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.), Hans Fehr (fe.)

Redaktion:
«Zürcher Bauer»
Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich
Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32
bauernverband@zbv.ch, PC 80-1718-7

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

SVP
Schweizerische Volkspartei
Bauma und Bäretswil

Öffentliche Veranstaltung

HarmoS ist nicht harmlos!

Montag, 17. November 2008 um 20.00 Uhr im Saal des Gasthofes «Tanne» in Bauma

Informationsveranstaltung zur Abstimmungsvorlage vom 30. November (Beitritt zum HarmoS-Konkordat)

Unter der Leitung von **Herr Hanspeter Blattmann,** Redaktor «Der Tössthaler" diskutieren die Bildungsfachleute:

- Pro: **Frau KR Karin Maeder-Zuberbühler SP, Rüti**
- Kontra: **Herr KR Samuel Ramseyer SVP, Niederglatt**

Erfahren Sie konkret die Auswirkungen des Gesetzes über den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Volksschule.

SVP Bauma und Bäretswil
SVP Bezirk Hinwil

Wer Medikamente vom Arzt will, stimmt ...